

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags außer an Sonn- und Festtagen und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzeilige Zeile oder deren Raum 250 Dlg., Verkündigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Dlg. Reklamen 1000 Dlg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Dienstag, den 31. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Scheidemann klagt an.

Deutscher Reichstag.

163. Sitzung.

Montag, 30. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1922.

Reichsfinanzminister Dr. H e r m e s begrüßt, daß es das erste Mal seit Kriegsanfang gelungen ist, dem Reichstag den Haushaltsplan so früh vorzulegen und bittet den Reichstag, seine Beratungen möglichst bald zu Ende zu führen, damit es aller Welt zur Kenntnis gebracht werde, daß das deutsche Volk mit aller Kraft eine geordnete Finanzwirtschaft zustande bringen will. Der Haushaltsplan steht ganz unter dem Zeichen der ungeheuren Lasten für die Erfüllung des Friedensvertrages. Während der Haushalt für die innere Verwaltung logar einen Ueberschuß von 16,5 Milliarden ergibt, erfordert die Ausführung des Friedensvertrages eine Anleihe von 171 Milliarden. Der Versuch, die ungeheuren Lasten des Friedensvertrages im Jahre 1921 zu erfüllen, hat zur Verzerrung unserer Währung ausschlaggebend beigetragen. Die Erschütterung des Marktes steigert alle Ausgaben und vermehrt die Inflation. Bevor nicht das Reparationsproblem in geeigneter Weise geregelt ist, kann von einer gesunden Finanzwirtschaft Deutschlands nicht gesprochen werden. Fast 100 Milliarden sollen 1922 aus der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt werden. Durch das Steuerkompromiß kommen einige Steuern, wie die Nachkriegs-gemeinststeuer und die Luxusgegenständesteuer in Fortfall. Bei den Umsatz- und Verbrauchssteuern wurden starke Abstriche gemacht. Auf der anderen Seite wird die Kohlensteuer 40 Prozent mehr erbringen, als vorgesehen. Angesichts der Riesensumme von 100 Milliarden Steuern dürfte sich auch die Entente nicht der Erkenntnis verschließen, daß Deutschland die größten Anstrengungen macht, um alles nur irgendmögliche aus dieser Wirtschaft herauszuholen. Der Deutsche zahlt durchaus nicht weniger Steuern als der Franzose und Engländer. Während ein Deutscher bei einem Einkommen von 30 000 Mk. beinahe 2200 Mk. Einkommensteuer zahlt, bleibt ein entsprechendes Einkommen in England und Frankreich überhaupt steuerfrei.

Mit Steuern allein werden wir der schwebenden Schuld von 250 Milliarden nicht Herr. Zunächst muß festgelegt werden, in welcher Form die Zwangsanleihe ausgeschrieben werden soll. Wir werden auch eine freiwillige innere Anleihe auferlegen müssen, wenn das Vertrauen und die innere Festigkeit des Reiches wieder hergestellt und die äußeren Lasten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind, sonst erleben wir einen Niggerfolg wie bei der Sparprämienanleihe. Schon lange vor den Abzügen von Cannes ist die deutsche Regierung an den Abbau der Lebensmittelzuschüsse herangegangen. Er wird Ende 1922 durchgeführt sein. Wir hoffen, in diesem Jahre mit einem Zuschuß von 1 Milliarde auszukommen, vorausgesetzt, daß keine neuen Belastungen eintreten. Wenn der französische Finanzminister die Vermehrung des Beamtenapparates bei uns rügt, so bedenkt er nicht, daß das Reich zahlreiche Verwaltungszweige aus den Ländern übernommen hat. Das tatsächliche Mehr gegenüber 1914 beträgt nur 85 000. Dieses erstreckt sich in der Hauptsache auf die Betriebsverwaltungen, deren ernsthafte Aufgabe es ist, eine weitere Personalverminderung durchzuführen. Mittel vom Bau von Arbeiterwohnungen sind 1921 überhaupt nicht „verwendet“ worden. Auch die vom französischen Finanzminister angeführten 3 Milliarden für den Bau von Bergarbeiterwohnungen sind der Zahl nach nicht richtig. Es handelte sich 1920 um 1,8 Milliarden, die übrigens das Reich zurückhält. Dieser Wohnungsbau war auch notwendig, um die gewaltigen Kostenverpflichtungen des Friedensvertrages erfüllen zu können. Die gesamte Belegschaft mußte um 25 Prozent, um 190 000 Bergarbeiter vermehrt werden. Selbst mit den Reichsmitteln war es aber nur möglich, den zehnten Teil von ihnen leibhaftig zu machen. Mit der fortschreitenden Teuerung wird auch eine fortschreitende Erhöhung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten notwendig werden. Die Gesamtausgaben des Reiches für Gehälter und Löhne betragen 50 Milliarden, davon entfallen 11,5 Milliarden auf die allgemeine Reichsverwaltung, der Rest auf die beiden Betriebsverwaltungen. So gewaltig diese Summe sich anhebt, so befindet sich doch ein Teil der Angestellten und Arbeiter in einer schwierigen Wirtschaftslage. Da aber die Teuerung in den einzelnen Reichsgebieten sehr verschieden ist, muß man bei Erhöhungen sehr vorsichtig sein. Vielleicht kann man in Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen u. a. durch Gehalts-erhöhungen helfen. Es sind bereits Wertsteigerungszuschüsse vorgesehen. In den nächsten Tagen wird den Landesregierungen Mitteilung über die Stellung der Reichsregierung zugehen. Auch eine automatische Anpassung der Bezüge an die Teuerung ist schon im Ausmaß geprüft worden. Es ist dafür ein Unterausgleich eingeleitet. Für die Anpassung der Beamtenpensionen usw. an die Teuerung werden allein 10,7 Milliarden ausgeworfen, davon 8,7 Milliarden für Pensionäre aus Anlaß des Weltkrieges. Ein einmaliger Betrag von 12,7 Milliarden ist für die Not der Sozialrentner ausgeworfen. Für die Kleinkapitalrentner sind 2 Milliarden eingeleitet. Für Erwerbslosenfürsorge werden, wie im Vorjahre, 1,3 Milliarden ausgeworfen. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wird einen Teil dieser Beträge ersparen. Auch die produktive Erwerbslosenfürsorge wird hier hoffentlich allmählich Wandel schaffen. Die gesetzlichen Bestimmungen über den Ausschluß von Personen, die keine Unterstützungsansprüche haben, müssen innegehalten werden. (Unruhe links.) Diese Bestimmungen liegen im Interesse der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung.

Eine scharfe Abgrenzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist dringend nötig. Auch die Gemeinden müssen äußerlich pariam wirtschaften. Ein Eingriff in die Finanzfreiheit der Länder und in die Finanzen der Gemeinden ist vom Reich nicht beab-

sichtigt. Die Zwangswirtschaft wird beschleunigt abgebaut, das Reichschatzministerium, soweit angängig, verkleinert werden. Wir müssen dahin kommen, die Tätigkeit der Reichsverwaltung überhaupt möglichst einzuschränken. Die Tarife der Eisenbahn und Post müssen baldigst erhöht werden. Auch hier muß eine innere Sanierung erfolgen.

Die Ausführung des Friedensvertrages erfordert 148 Milliarden ordentliche und 40 Milliarden außerordentliche Ausgaben und dabei ist die Produktivität der deutschen Wirtschaft erheblich zurückgegangen. Der Wert unserer Einfuhr beträgt heute etwa 2 1/2 Milliarden, der der Ausfuhr dagegen 4 Milliarden. Unsere Zahlungsbilanz ist also passiv. Erhebliche Reparationsleistungen und Beseitigung der deutschen Inflation sind nicht vereinbar. Nur durch eine Aenderung der Reparationsverpflichtungen kann die Kreditwürdigkeit Deutschlands wieder hergestellt werden. Wir wollen den Dingen ohne Optimismus, mit Ruhe, aber im Vertrauen auf unsere Arbeitskraft entgegensehen.

Scheidemann (SN.): Vergleicht man die Ziffern eines Friedenssetztes mit dem vorliegenden Etat, so zeigt sich recht an dem Unterschied der Summen der große Sturz unseres Volkes. Wenn wir früher als Warner auftraten, wurden wir als Leute ohne Vaterlandsstiche hingestellt. Vielleicht wäre, wenn man damals auf uns gehört hätte, das ganze Unglück des Krieges mit seinen furchtbaren Folgen uns erspart geblieben, jetzt taumelt unsere Republik von Krise zu Krise, von Ultimatum zu Ultimatum. Die Arbeiter führen jetzt kaum ein bescheidenes Dasein, haben kaum ein Hemd auf dem Leibe. Die Lage der Sozialrentner ist nicht weniger schlimm. Den Witwen und Waisen können wir nicht das geben, was sie bekommen müßten. Ein Laib Brot wird in kurzer Zeit das Doppelte des jetzigen Preises kosten: jetzt 10 Mk., 17 Mk. Die Kohlen werden in die Höhe gehen. Die Mieten werden steigen, sonst wird nicht gebaut. Unsere Häuser werden zu Ruinen, während wir Frankreich aufbauen. Die Tuberkulose tobt unter unseren Kindern und Greisen in nie dagewesener Stärke. Die besitzende Klasse hat bisher noch immer nicht erkannt, daß es auch für sie gilt, ein Opfer zu bringen. Das zeigt die in den Etat eingeleitete Einkommensteuer in Höhe von 21 Milliarden, während die Umsatzsteuer 24 Milliarden bringen soll. Die Not schreit zum Himmel. Gerade unsinnige Ausgaben werden nun uns verlangt. Das deutsche Volk muß wissen, wofür es friert und hungert, es braucht ein Ziel, sonst verfällt es dem Anarchismus oder der Anarchie.

Wir haben ein Ziel:

Das deutsche Volk soll ein gesundes Volk werden und gleichberechtigt sein in der Familie der Völker. Alle sollen in Deutschland zu essen haben. Deutschland soll eine Republik sein, für deren Sicherheit und Gedeihen jeder gern Leib und Leben einsetzt. Leider sind wir noch weit entfernt von dieser Sicherheit der deutschen Republik. Ein Beispiel dafür: Da ist unsere Justiz. Zu der haben wir keine Kreise unseres deutschen Volkes heute weniger Vertrauen als je zuvor. Urteile kommen vor, die es uns einfach unmöglich machen, an die Objektivität der Richter dieser Urteile zu glauben. Viele Richter der Republik sind innerlich noch immer Richter des Kaiserreiches. Ich erinnere an das Urteil im Prozeß gegen die Gräfin Schlieffen. Sie bekam nur 2 1/2 Jahre Gefängnis. Ich erinnere dagegen an jene Kommunistin, die in Mitteldeutschland während des Märzputsches einen Sanitätsdienst eingerichtet hatte. Sie bekam dafür 6 Jahre Zuchthaus. — Ich erinnere an den württembergischen Staatsanwalt Schilling, der einen sozialdemokratischen Redakteur in geradezu unglaublicher und anstößiger Weise beschimpfte. Ich erinnere an den Fall Kobler. Die Strafkammer in Oels schrieb ihm in das Urteil, er sei einer jener unbefähigten Volksführer, deren Angaben an sich keinen Glauben verdienen. Das alles sind Urteile, deren sich die deutsche Republik schämen muß. Dann kommt noch hinzu, daß alle jene Prozesse jahrelang verschleppt werden, bei denen der Gegenstand, um den es sich handelt, für die rechtsprechenden Organe ein willkommener Agitationsstoff ist. Handelt es sich dagegen um Dinge, die für die Reaktion unwillkommen sind, da besteht die Justiz ein abgeklärtes Verfahren. Freilich kommt sie dann und wann auch bei einem solchen Verfahren unter die Räder. Ich erinnere an jenen bekannten Prozeß gegen den sozialdemokratischen Redakteur Kurt Lehmann in Frankfurt a. M. Oder, in dem es sich unter anderem um die Behauptung handelte, der Kronprinz habe einen Harem von Dirnen bei sich beherbergt. Der Angeklagte hat 1500 Zeugen aufgeboten. Das Gericht aber empfand eine geradezu heilige Scheu vor der Beweiserbringung. Alle Angaben wurden als wahr unterstellt, ohne daß der Wahrheitsbeweis dafür angetreten zu werden brauchte. Dann noch im Vorbeigehen eine Ungezogenheit eines Richters des Schönbberger Amtsgerichts. Da heißt es in einem Urteil vom 13. Januar: „Im Namen des Böbels...“ Aber nicht nur in den Gerichtssälen kommen derartige Dinge vor. Auch in den Gefängnissen ist es übel bestellt. Man weiß ja, daß gewisse Mörder in Deutschland nicht bestraft werden. Als im November 1921 gegen den Leutnant Boldt ein Todesurteil erlassen wurde, protestierten verschiedene Offiziere energisch. Es ist bekannt, daß wir in Deutschland eine organisierte Verbrecherbande haben, die dafür sorgt, daß kein Erzbürger- und kein Gerechtigkeitserbe bestraft wird. Wird schon einmal einer gefaßt, so bringt ihn die Bande wieder in Sicherheit und Freiheit. Auf alle Fälle bleibt die Lastfrage bestehen, daß die Kappellen überaus milde, die Arbeiter in Mitteldeutschland dagegen überaus schnell und hart abgeurteilt wurden. Möge der Reichsjustizminister dafür sorgen, daß die Amnestie der unglücklichen Arbeiter rascher vorwärts schiebt.

Dann ein Wort zur Stellung des Beamten zum Reich. Als 1918 der Zusammenbruch kam und Deputation über Deputation von Beamten vor den Volksbeauftragten erschien, wurde ihnen erklärt, daß alle wohl erworbenen Rechte der Beamten un-

angestastet blieben. Mit dem Erstarren der Reaktion änderte sich das. Wir sehen, wie reaktionär gestimmte Beamte das Geld der Republik nehmen und die Republik sabotieren. Das ist aber etwas, was sich die Republik nicht gefallen lassen kann. Wer nicht im Dienste loyal mitarbeiten will, soll sich der deutschen nationalen Parteilagitation widmen. (Lärm rechts.) Die Schilfierung der demokratischen und sozialdemokratischen Beamten, ja auch der Beamten vom Zentrum ist unerträglich geworden. Sozialdemokratische Beamte sind geradezu geächtet. Die Beamten, wir betonen das laut, dürfen sich das nicht mehr gefallen lassen. Wir hoffen, daß sie, wo es notwendig ist, sich beschweren und sich an die Abgeordneten des Reichstages und Landtages wenden. Wir wollen gewiß keine Gefinnungsschnüffelei betreiben, aber im Dienste verlangen wir lokales Verhalten. Die Rechtspreßre höhnt, in der Reichswehr gäbe es nur einen einzigen Republikaner, und das sei der Reichswehrminister Gessler. Ich glaube das nicht. Ich bin überzeugt, daß der größte Teil der Reichswehrlisten republikanisch gesinnt ist. Auf alle Fälle können wir aber keinen Mann für eine Reichswehr verantwortlich machen, die nicht absolut republikanisch gesinnt wäre. Es zeigt sich, daß auch wieder Selbstmorde im Heere vorkommen infolge ungebührlicher Behandlung. Wir wollen die Aufmerksamkeit des Reichswehrministers auf eine Meldung der „Ostpreussischen Nachrichten“ lenken. Die Meldung besagt, daß beim Managenwechsel sich begab, daß das Niederhalten der alten Flagg mit allen Ehren vorgenommen wurde, daß dagegen beim Aufziehen der neuen Flagg das Kommando ertönte: „Begleiten!“ Wir wünschen, daß dem betreffenden Kommandanten vom Reichswehrminister ebenfalls zugerufen wird: „Begleiten!“

Ein Wort über die Kappisten:

Das Ziel der Kappisten soll bekanntlich darin bestanden haben, die besten, tapfersten, bescheidensten Männer in Deutschland in die Regierung zu bringen. In Leipzig hat man diese „besten, tapfersten, bescheidensten Männer“ loszusagen nicht gesehen. Ein Bild, das Gott erbarme! Wahrlich, da war Holz ein Held gegen diese „Selden“. Die Herren waren im März 1920 ebenso tapfer wie im November 1918. Ludendorff ging 1918 mit der blauen Brille durch und 1921 kam er mit einem blauen Auge davon. Alle Kappgeneräle erklärten in Leipzig, sie hätten von nichts gewußt. Alle glaubten, daß es sich beim Kapp-Putsch um den Schutz der Republik gegen den Bolschewismus handelte. Darum fanden sich die Herren schon früh um sechs Uhr am Brandenburger Tor ein. Nur jene drei Unteroffiziere, die in Leipzig den Schleiter zerrißen, wußten, was los war. Weil sie der Republik treu waren, wurde ein Disziplinarverfahren gegen sie eröffnet. Vielleicht gibt uns der Herr Minister Aufklärung darüber, was aus diesem Verfahren geworden ist? Vor dem Kriege haben die „Selden“ durch ihre Schandbarkeit alle Welt auf uns gehabt. Im Kriege haben sie mit ihrem Maulheldentum den Frieden sabotiert, und mit ihrer Unfähigkeit haben sie schließlich die Niederlage verschuldet. (Lärm rechts.) Sie (nach rechts) fühlen sich verletzt, wenn ich so von Ihren „Selden“ spreche. In den nächsten Tagen wird im Verlag für „Politik und Wirtschaft“ ein Buch erscheinen, das von Ihrem „Selden“ Ludendorff ein Porträt entwirft, bei dessen Anblick einem schlecht werden kann. Kein geringerer als der konservative Hans v. Delbrück ist es, der Ludendorff so überaus treffend charakterisiert. In jedem anderen Staat hätte man Leute wie Ludendorff vor den Staatsgerichtshof gezogen. (Lärm rechts: Wo bleibt der Etat?) Was soll diese Frage? Jeder parlamentarische Reuling weiß doch, daß die Beratung des Etats die einzige Gelegenheit gibt, solche Dinge im Parlament vorzubringen. In der letzten Zeit steigt die deutschpöhlische Hege, darunter gegen Wirth und Rathenau. (Widerspruch rechts.) Ja, Sie (nach rechts) wenden immer die Leipziger Methode an, wenn Ihnen etwas nicht paßt: Sie wissen von nichts. Tag für Tag gegen die reaktionären bayerischen Blätter, und vielen politischen Führern wird das Schicksal Erzbergers prophezeit. (Woh, Helfferich: Wo denn?) Aber Herr Helfferich, was soll denn die gemachte Kaidibet? Die nationalpöhlische Presse erzählt ihren Lesern, der Feind habe schon gemußt, was man den Herren aus Baden, dem Wirth und dem Ebert, zumuten könne. Ich sage: Den Herren aus Baden ist es zu verdanken, wenn viel im deutschen Osten gerettet wurde, wenn viel überhaupt in Deutschland gerettet wurde. Darüber ist sich doch wohl jeder einsichtige Mensch klar, daß mit deutschnationaler Politik alles verlorene und zugrunde gerichtet worden wäre. (Großer Lärm rechts, stürmisches Bravo! links.) Man muß immer wieder von der nationalpöhlischen Hege sprechen, weil bei uns der fanatische Haß der Rechten im Volke vielfach nicht genügend Beachtung findet. Das Ausland aber sagt sich: Wie hart muß die Reaktion in Deutschland sein, wenn die Republik sich solche Schweinerei gefallen läßt. Es sind schlimme Dinge, die wir heute aus Bayern erfahren. Nach dem Bericht eines Herrn Abel hat Sanitätsrat Dr. Litzinger, der Nachfolger Eberhards, erklärt, wir dürfen nicht davor zurückfahren, unter dem Protektorat Frankreichs uns vorübergehend vom Reich zu trennen. (Hört, hört!)

Zusammenfassend will ich betonen: Das Arbeitervolk in Deutschland wird dafür sorgen, daß kein bayerischer Prinz sich die Krone aufsetzen darf, auch wenn er sie aus der Hand Frankreichs erhalten sollte. Die Arbeiterklasse steht auf der Wacht und rückt nur für Bayern. Die Arbeiterklasse weiß, daß der Republik heute von links her keine Gefahr mehr droht. Diese Tatsache ist ein Lichtpunkt. Es zeigt sich, daß die Arbeit der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse erfolgreich gewesen ist. Es war ein begreiflicher Aktum vieler Arbeiter, der Zusammenbruch Deutschlands und Rußlands sei gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des Kapitals überhaupt. Heute ist der Glaube, mit Hilfe der Gewalt die sozialen Fragen lösen zu können, tot. Zum letzten Male flammte dieser Glaube in Mitteldeutschland auf. Die Enthüllungen des „Vorwärts“ haben wie ein Gemitter reinigend gewirkt. Wir haben ein Kapitel in der deutschen Geschichte abgeschlossen, das den Titel trägt: „Ende des Putschismus“. Heute leben die Arbeiter wieder klar. Die Republik hat selbstverständlich die Pflicht, sich zu schützen. Sie muß den Kampf führen gegen gemeine Verbrecher, aber die Republik ist keine Räuberin an verwirrem Idealismus. Die Liquidierung des Märzputches muß rasch erfolgen. Die Republik muß sich vor allem auf die Spatzen der deutschen Arbeiter

Hängen. Die Sozialdemokratie weiß, daß sie eine große Mission zu erfüllen hat. Das Sozialistische Programm zeigt den Weg. Weit über den Nationalismus hinaus geht unser Ziel. Wir wollen nicht stehen bleiben. Nachdem die nationalpolitischen Machtverhältnisse sich verändert haben, nachdem die kommunistischen Angriffe abgeklungen sind, gibt es nur einen Weg: Den Weg der Sozialdemokratie! Deshalb brauchen wir volles Vertrauen und volle Zuversicht. Mit diesem Deutschland, mit dem geschlagenen, trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse, für Freiheit, Republik und Sozialdemokratie in der Welt voran! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Reichert (F.R.): Der Abgeordnete Scheibemann hat nur eine Variation gehalten, anstatt den Etat ernsthaft zu prüfen. Die Angelegenheiten sind immer noch nicht auf das schärfste eingeleitet. Das Reichsfinanzministerium und das Wiederaufbauminiisterium könnten arbeiten. Die Gefahr der Ueberforderung unserer Volkswirtschaft ist groß. Die schamhafte Verhöhnung des Reichstages ist selbst von der Regierung als unerträglich anerkannt worden.

Dr. Quarenz (F.R.): Die Fortsetzung der an die Reparationskommission gerichteten Forderungen muß bald gelassen werden, da sie weitere Aufschlüsse über die Finanzverwaltung geben kann. Man bedenke nicht, daß mit dem Verlust der Auslanddeutschen das Reich allein 20 Milliarden Goldmark eingebüßt hat.

Das Gesetz über den Haushaltsplan für 1922 wird darauf an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag, 1 Uhr. Anfragen, Fortsetzung der Staatsdebatten, kleine Vorlagen. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Das Ultimatum der Eisenbahner.

SPD. Berlin, 31 Januar. (Sig. Drahtbericht.)

Das sog. Ultimatum der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner hat die Öffentlichkeit stark beunruhigt. In der Presse wird die Vorgeschichte zu dem bemerkenswerten Schritt sehr verschiedenartig kommentiert. Es ist nicht zu verkennen, daß der geschäftsführende Vorstand der Reichsgewerkschaft durch die vom erweiterten Vorstand gefassten Beschlüsse ziemlich belästigt wurde und daß in der Tat mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen ist. Eines aber scheint die Reichsgewerkschaft übersehen zu haben, und zwar, daß eine Verständigung mit der eigenen Spitzenorganisation, dem deutschen Eisenbahnerverband und den übrigen Eisenbahnerverbänden die Voraussetzung für einen Erfolg der ganzen Aktion ist. Die Eisenbahnerverbände sind vor der Sitzung des erweiterten Vorstandes, in der der bekannte Beschluß gefaßt wurde, nicht befragt worden und sollen scheinbar ganz überausen werden. So hat z. B. in einer am 27. Januar stattgefundenen Verhandlung über das Arbeitszeitgesetz der einzugs anwesende Vertreter der Reichsgewerkschaft die Erklärung abgegeben, daß die Reichsgewerkschaft über den Arbeitszeitgesetz nicht mit den Gewerkschaften noch mit der Regierung verhandeln werde. Eine solche Erklärung scheint uns nur möglich, wenn die eigenen Machtmittel so stark sind, daß auf die übrigen Organisationen verzichtet werden kann. Die Reichsgewerkschaft lehnt aber nicht nur eine Verständigung über das Arbeitszeitgesetz ab, sie weigert sich auch, eine Verständigung mit den Gewerkschaften in der Besoldungsfrage herbeizuführen. Demnach nimmt der Vorstand der genannten Organisation scheinbar als ganz selbstverständlich an, daß die anderen Verbände ohne weiteres der Streikparole folgen und unter seiner Führung sich an der Aktion beteiligen. Ein solches Verhalten widerspricht allen bisherigen gewerkschaftlichen Gepflogenheiten. Die Reichsgewerkschaft hätte am wenigsten Ursache, eine solche Haltung einzunehmen, denn was über den Verlauf der Sitzung des erweiterten Vorstandes bekannt geworden ist, zeigt nicht von Einigkeit und Geschlossenheit in den eigenen Reihen. So wurde u. a. am 27. 1. in dem Berliner Tagesblatt von einem Kundigen, der jedenfalls der erweiterten Vorstandssitzung beigewohnt hatte, u. a. folgendes mitgeteilt:

Auf der Sitzung des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft haben die Sprecher der Lokomotivführer mit klaren Worten darauf hingewiesen, daß der Streik kommen müsse, da sonst ihre Organisation zusammenbräche. Es wurde weiter ausgeführt, daß wegen der Besoldungsfragen allein die Masse nicht zum Streik gebracht werden könne, es müssen weitere Beweggründe beigebracht werden. Man erwies dabei auf das Arbeitszeitgesetz und das Eisenbahnfinanzgesetz. Von der Heranziehung des Finanzgesetzes wurde schließlich Abstand genommen, weil dieses im Kreise der Mitglieder kaum genügend bekannt ist. Nach mehreren erregten Vorfällen hatte man es schließlich verstanden, eine Mehrheit für den Streik ohne Abstimmung der Mitglieder zu erreichen. Wer gegen diese Absichten auftrat, wurde durch entsprechende Beerdigung müde gemacht.

Unter solchen Umständen wäre eine Verständigung mit den übrigen Organisationen das Vernünftigste gewesen, was vor der Einleitung der Aktion hätte geschehen müssen. Alle Eisenbahnerorganisationen nehmen zunächst eine abwartende Stellung ein, um zu sehen, was die Reichsgewerkschaft eigentlich beabsichtigt. Eine Entscheidung wird erst dann möglich sein, wenn der Deutsche Eisenbahnerverband Stellung zu der augenblicklichen Situation genommen hat.

Lenin nach Genoa delegiert.

London, 31. Januar.

Nach dem „Observer“ wird sich die russische Delegation an der Konferenz von Genoa wie folgt zusammensetzen: Lenin als Führer, Tschicherin als Vizepräsidentin. Als Mitglieder: Kossin, Litwinoff, Koffe, Kozowski.

Über die Teilnahme Nordamerikas besteht noch wie vor Unklarheit; Hervey und Voltaire verhandeln darüber. Die russische Regierung hat um Zulassung gebittet.

Tschicherin bleibt in der Sitzung des Vollgouvernements, der diese Delegation vorzuziehen, eine Rede von Anerkennung für England, allerdings auch mit einiger Sorge um Englands Selbstständigkeit.

Kreditaktion und Koalition.

Berlin, 31. Januar.

Das „Berl. Tageblatt“ berichtet, daß Reichsminister Meißner das Verlangen hat, mindestens 100.000 Mark von der Zwangsanleihe ganz freizugeben, wobei die Erbschaftsteuer, doch die abgabefreie Vermögensgrenze noch erweitert wird. Trotz der Zwangsanleihe dürfte noch Erbschaftsteuer in gut unterrichteter parlamentarischer Kreise nach ein Verzicht von etwa 70 bis 80 Millionen Mark im außerordentlichen Etat vorhanden sein. Dieser Betrag müßte durch eine internationale Anleihe gedeckt werden. Der Reichsverband der Industriellen hat sich als solcher mit der Zwangsanleihe beschäftigt. Auch in den nächsten Tagen wird eine Sitzung des Verbandes hierzu stattfinden. In wogebenden industriellen Kreisen ist man der Ansicht, daß zum mindesten eine weitere Anleihe, oder die Aufnahme eines ausländischen Kredits in Betracht komme. Um eine Klärung dieser Frage herbeizuführen, werden auch die Industriellen in Berlin mit dem Reichsverband in Verbindung treten.

Lubendorffs Briefwechsel.

Der politische internationale Spieß Trebitsch-Lincoln ist nach Presseberichten in Neuzoo verhaftet worden. Er gelang, im Kreise deutscher Espion gewesen zu sein, während er gleichzeitig Mitglied des englischen Parlaments war. Trebitsch-Lincoln ist ein gebürtiger Ungar.

Trebitsch-Lincoln hat bekanntlich auch während des Rapp-Bußfahrs eine hervorragende Rolle gespielt und zählt zu den sieben Personen, die als Führer des Unternehmens vom Reichsgericht nach immer heftiglicher verfolgt werden. Er war in jenen Tagen der Vertraute der militärischen Kamarkilla von Lubendorff. In dem Erinnerungsbuch „Mit Ehrhardt durch Deutschland“, das ein Offizier vom Stabe Ehrhardt geschrieben hat, wird ihm noch ein ausserordentliches Anerkennungszeugnis ausgestellt. Er war es auch, der am 17. März, als Lubendorff seinen Finger aus der heilfremdenen Fackel ziehen wollte, den durch den Jagow-Prozess bekannt gewordenen Brief an ihn schrieb: „Erzählen Sie uns alle unsere Pläne und Gebälte, Erzählen Sie uns alle, was Sie jetzt nicht im Stich lassen.“ Trebitsch-Lincoln hat mit Lubendorff auch gemeinsame Pläne zur Niederwerfung des Bolschewismus in Rußland geschmiedet. Alles in allem ein Freund, auf den Herz Lubendorff stolz sein kann.

Auch Dittmar entflohen!

REB. meldet: Oberleutnant Ludwig Dittmar, der wegen Kriegsverbrechens vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und im Landgerichtsgefängnis in Naumburg untergebracht war, ist Sonntag nacht entflohen. Hierzu erfahren wir, daß sofort von der für die Strafvollstreckung zuständigen preussischen Justizverwaltung die umfassendsten Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts und zur Wiederergreifung des Entflohenen getroffen worden sind. Es ist eine Belohnung von 50000 Mark für die Ergreifung bereits ausgesetzt. Die Grenzstellen sind sofort sämtlich benachrichtigt. Auch der Oberstaatsanwalt hat sich an Ort und Stelle begeben.

Nachdem der Komplize Dittmars, Oberleutnant Boldt, bereits vor mehreren Monaten aus dem Hamburger Gefängnis entwichen ist, bedeutet diese erneute Flucht einen Skandal, der nicht nur innerpolitisch die deutsche Justiz schwer belastet, sondern auch schwere außenpolitische Folgen zeitigen kann. Jedenfalls haben die Personen, die Dittmar zur Flucht verholfen haben, Deutschland in eine ganz außerordentlich schwierige Lage verwickelt und überdies wieder einmal gezeigt, daß für die Kreise der ehemals Bevorrechteten auch heute die Justiz einfach nicht existiert.

Der Prozeß des Herzogs von Braunschweig.

Braunschweig, 31. Januar.

Die Klagesache des früheren Herzogs Ernst August gegen den braunschweigischen Staat wegen der Abfindung behäftigte gestern den Gerichtshof für Kompetenzstreitigkeiten. Der Gerichtshof wies den vom Staatsministerium erhobenen Kompetenzkonflikt als unbegründet zurück und ordnete die Fortsetzung des Gerichtsverfahrens vor der Zivilkammer des Landgerichts an.

Um das Branntweinmonopol.

Berlin, 29. Januar.

Der 36. Ausschluß des Reichstages ist am Sonnabend mit der zweiten Lesung des Branntweinmonopolgesetzes fertig geworden. Das Streben der Branntweininteressen, der Reichsmonopolverwaltung den Wettbewerb möglichst zu erschweren, hat in dem Ausschluß, der mit Brenneiseninteressen befehligt war, eine Mehrheit gefunden. Der Versuch der sozialdemokratischen Mittelreihen, die Monopolverwaltung mit dem privaten Gewerbe gleichzustellen, ist an dem Widerstand einer im Grunde ihres Herzens monopolfeindlichen Mehrheit abgefallen. Zum letzten Male bei dem durch den Reichstag verhandelten § 95. Nach diesem Paragraphen bestimmt die Reichsmonopolverwaltung, welche Monopolergänzung hergestellt und in welcher Form sie in den Verkehr gebracht werden. Sie legt die Preise und die Bezugsbedingungen fest. Sozialdemokraten und Unabhängige wollten die Regierungsvorlage wieder herstellen. Der Antrag wurde mit 13 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder gab Genosse Brey folgende Erklärung ab: Nach der Ablehnung unserer Anträge im § 95 hat das vorliegende Gesetz eine Gestalt angenommen, die unter Interesse an keiner Veränderung sehr in Frage stellt. Wir wollen die Weiterberatung nicht hindern, erklären aber, an unsere Fraktion herantraten zu müssen mit dem Antrag: dem Gesetz über das Branntweinmonopol die Zustimmung zu verweigern.

Einen erfreulichen Erfolg erzielte die Forderung der beiden sozialdemokratischen Parteien im Ausschluß bei dem § 118. Es gelang, einen einstimmigen Beschluß des Ausschusses herbeizuführen, daß aus den Monopolergänzungen 30 Millionen Mk. zur Bekämpfung des Alkoholismus und solcher Volkskrankheiten, die mit ihm zusammenhängen, zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere ist auch an die Bekämpfung von Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten gedacht.

Der Staatsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich.

(Von unseren Prager Korrespondenten.)

Der Staatsvertrag, der zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich geschlossen wurde, heißt in der Presse und in Versammlungen im Mittelpunkt lebhafter Diskussion. In der Tschechoslowakei stehen alle deutschen Parteien, die sozialdemokratische mit eingerechnet, auf dem Standpunkte der Ablehnung des Vertrages; der Führer der Deutschbürgerlichen, Dr. Sedgman, trägt die Agitation über die Grenzen des eigenen Staates hinaus. In Oesterreich hingegen bekennet sich nicht allein die christlichsoziale Regierungspartei, sondern auch die sozialdemokratische Opposition zum Vertrag, während er von der Partei der Großdeutschen aufs leidenschaftlichste bekämpft wird. Dieser Gegensatz zufolge haben die Großdeutschen ihren Vertrauensmann, Dr. Waber, aus der Regierung zurückgeholt.

In der Tschechoslowakei erklärt sich die Gegnerschaft der Deutschbürgerlichen gegen den Vertrag aus der Befürchtung, daß die politische Annäherung der beiden Staaten den eigenen nationalen Hoffnungen einen Stoß versetzen könnte, daß sie die Kraft der nationalen Agitation jähmten oder gar brechen könnten. Es sind alle Gründe, die der

„Logik“ der am unversöhnlichen nationalen Standpunkt festhaltenden bürgerlichen Politik entspricht, welche „Logik“ freilich an den Gesetzen der historischen Vernunft kaum eine Stütze finden wird. Und doch sind auch die deutschen Sozialdemokraten entschlossen, gegen den Staatsvertrag zu stimmen, aber aus anderen Gründen. Denn sie wollen die Ausöhnung mit den Tschechen, sie erkennen eine Atmosphäre des gegenseitigen Bestehens, sie begrüßen alles, was dies Ziel fördern, eine Annäherung herbeiführen kann. In dem Staatsvertrag aber können sie einen solchen Schritt der Annäherung nicht finden, weil er, insbesondere in seinem politischen Teile, das durch die Friedensschlüsse ungelöste System der mitteleuropäischen Politik zu fördern sucht. Der erste Artikel des Staatsvertrages ist ein Bekenntnis zum Frieden von St. Germain und Trianon, deren Bestimmungen er „in ihrem vollen Umfange zur Durchführung bringen“ will. Zu der nationalen Rechtlosigkeit der Deutschen, wie sie sich aus diesen Friedensschlüssen ergibt, kann die Sozialdemokratie nicht Ja und Amen sagen. Jeder Vertrag, der an dem Geburtsfehler krank, ein Kind des Friedensvertrages zu sein, muß abgelehnt werden.

Daß aber dieser erste Artikel nicht nur eine unbedeutende, nach der Sachlage nicht zu umgehende Formalität ist, zeigen die folgenden Artikel, insbesondere der vierte, um den sich die öffentliche Erörterung dreht. Nach dieser verpflichten sich die beiden Staaten, „auf ihrem Gebiete keine politische und militärische Organisation zu dulden, die gegen den Bestand und die Sicherheit des anderen Vertragsteiles gerichtet wäre.“ Hierin liegt die Gefahr der Beeinflussung auch der inneren Politik; unter Berufung auf diese Bestimmung kann der stärkere Vertragsteil den schwächeren bevormunden. Es ist verständlich, daß die tschechoslowakische Regierung — auf ihren Willen geht diese Bestimmung zurück — die gegenseitige Unterstützung gegen alle Versuche einer Wiederherstellung des alten Regimes verlangt. Die Habsburgergefahr ist eine solche für alle Nachfolgestaaten, der Schutz gegen sie ist eine mitteleuropäische Notwendigkeit. Daß dieser Schutz im Vertrage niedergelegt wird, ist nur recht und billig. In dieser Auffassung, um derentwillen die Sozialdemokratie von den Nationalen in den Mobilisationstagen vor wenigen Monaten der Vorhubsleistung für den Krieg geziehen wurden, halten wir auch heute fest. Daß die weitere Bestimmung, daß ein Einfluß nicht nur auf die Staatsform, sondern auch auf die Regierungsform der Vertragsteile geübt werden könne, daß die zuständigen Behörden einander unterstützen werden, „geheime Antriebe zu bekämpfen“, ist eine viel zu elastische, deutbare und bedenkliche und dies umsomehr, als auf die Erhaltung einer demokratischen und freiheitlichen Richtung in der Politik des tschechoslowakischen Staates durchaus nicht Verlaß ist. Das vielbeutige und gefährliche dieses vierten Artikels erkennend, veranlaßten den österreichischen Kanzler den tschechoslowakischen Kanzler zu einer „authentischen Interpretation“, die dem Zweck der Beruhigung dienen soll. Nach dieser richtet sich der Artikel keineswegs gegen den Bestand und die Tätigkeit von Vereinen, „deren Zweck die Wahrung der nationalen Eigenart und die Pflege kultureller und wirtschaftlicher Interessen von Stammesbrüdern ist.“ Das soll der großdeutschen Agitation den Wind aus den Segeln nehmen; wird hierzu aber kaum imstande sein, auch wenn die harmlose Deutung des Vertrages besser fundiert wäre, als durch die Worte eines vergänglichsten Kanzlers. Die deutschnationale Agitation arbeitet auch mit dem Hinweis auf die Dürftigkeit und Unbestimmtheit wirtschaftlicher Zustände, die dem armen, und in seinem Elendzustande leicht zu beeinflussenden Oesterreich gemacht werden. Auf das Wohlwollen wirtschaftlicher Art, das die Tschechoslowakei als erster der neuen Staaten der Republik Oesterreich entgegengebracht haben soll, verwies der Ministerpräsident Dr. Benesch im letzten ausführlichen Vortrage im auswärtigen Ausschusse des Senats. Aber es ist wirklich herzlich wenig, was da angeführt werden konnte.

Bedenken erweckt auch, und nicht nur bei den Deutschbürgerlichen, der dritte Artikel des Staatsvertrages, der eine neutrale Haltung im Falle eines Angriffes auf einen der beiden Staaten vorsieht; Bedenken darum, weil er in einem Geheimvertrage eine Ergänzung haben soll, den der ehemalige österreichische Kanzler Dr. Renner mit Dr. Benesch abschloß und der, wie es heißt, eine aktive, militärische Unterstützung im Kriegsfall erfordert. Die Veröffentlichung dieses Geheimvertrages wird mit Entschiedenheit verlangt. Sowohl Dr. Renner als auch Dr. Benesch stellen in ihre Rede, daß der von ihnen geschlossene Vertrag den Charakter eines Staatsvertrages besitze, und daß er außer wirtschaftlichen Abmachungen in politischer Beziehung mehr enthalte als allgemeine, übereinstimmende Grundzüge, nach denen die beiden Staatsmänner die beiden Republiken nach dem Umsturz regieren wollten, ohne daß die Amtsnachfolger verpflichtet wären, diese Politik fortzuführen.

Der Staatsvertrag wird sicherlich im Parlament angenommen. Wenn durch ihn eine politische und wirtschaftlich friedliche Annäherung gefördert wird, wenn er die Wirkung haben sollte, die Reibungen zwischen den Nationen in der inneren Politik zu vermindern, wie die beiden Kanzler zu wünschen vergeblich, dann umso besser. Für einen Staatsvertrag, der das wirtschaftliche Uebereinkommen in den Vordergrund gerückt hätte, wären die Sozialdemokraten zu stimmen bereit gewesen, sie hätten auch eine politische Vereinbarung herbeigeführt, die nicht, wie der Staatsvertrag, die Verbindung mit den Friedensverträgen, durch den Versuch Oesterreich in das politische System der Reinen Eintritte einzugliedern die Geschäfte der großen Entente mitbesorgt. Die Sozialdemokraten stehen heute auf dem Boden der Tatsachen und wissen, daß eine Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse in territorialer Beziehung außerhalb des Bereiches aller Wahrscheinlichkeit gelegen ist. Sie jagen keinem Phantom nach und verzweifeln dennoch nicht daran, den demokratischen Inhalt ihrer nationalen Autonomiepolitik bei zähem Festhalten an diesem Programm durchsetzen zu können. Darum können sie mit gutem Gewissen ohne Furcht vor mißverständlicher Auffassung gegen einen Vertrag stimmen, den ihre Genossen in Oesterreich aus den Gründen einer wesentlich anderen Situation anzunehmen genötigt sind. Man kann von dem gleichen Verhalten der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten gegen den Staatsvertrag sagen, daß es doch nicht dasselbe sei; man kann aber auch umgekehrt von dem verschiedenen Verhalten der Sozialdemokraten in Oesterreich und in der Tschechoslowakei behaupten, daß es keineswegs so gegensätzlich ist, als es erscheinen mag. Denn in beiden Fällen weiß das gleiche sozialistische und internationale Motiv trotz verschiedener Einstellung nach demselben Ziele.

Das Völkerverbundproblem.

Die „Deutsche Liga für Völkerverbund“ hatte mit ihrer englischen Schwestergesellschaft, der „League of Nations Union“ einen Schriftwechsel über die oberste Frage, im Verlaufe dessen die deutsche Liga darauf hinwies, daß in der deutschen Bevölkerung zum Teil auch deshalb eine gewisse Bestimmung gegen den Völkerverbund bestehe, weil man die dem Geiste des Völkerverbundes entgegengesetzte Art, wie die Entscheidung der deutschen Regierung aufgezwungen wurde, fälschlicherweise der Völkerverbund und nicht dem Obersten Rat zur Last gelegt habe. Derartige Mißverständnisse fänden ihre wesentliche Ursache darin, daß die deutsche Regierung zu den Sitzungen des Völkerverbundes über Angelegenheiten nicht hinzugezogen werde, über die mitzubeschließen Deutschland als Mitglied des Völkerverbundes ohne weiteres das Recht hätte.

Ohne die juristisch mögliche Teilnahme an solchen Sitzungen, so heißt es in dem betreffenden Schreiben, können die Entscheidungen den Eindruck der Parteilichkeit nicht vermeiden. Wir brauchen als Beispiel nur das Ihnen wohl bekannte Urteil der deutschen Öffentlichkeit über die Saarpolitik des Regierungsausschusses und damit des Völkerverbundes anzuführen, um zu zeigen, daß durch das Fehlen Deutschlands bei den betreffenden Verhandlungen sogar solche Maßnahmen, die im objektiven Interesse der Saarbevölkerung liegen, den Stempel einer gegen Deutschland gerichteten Einseitigkeit tragen können. Man kann Gerechtigkeit von einer Körperschaft nicht erwarten, die in Saargelegenheiten dem bewußten Willen einer Großmacht ohne die Gegenwirkung des andern an der Sache unmittelbar beteiligten großen Volkes ausgeht. Solange die dem Völkerverbund innewohnende Tendenz zur Universalität sich noch nicht wenigstens bis zur Hinzuziehung Deutschlands zu solchen Beratungen durchgesetzt hat, muß der Eindruck bleiben und sich dauernd verstärken, daß der Bund von gewissen Traditionen noch keineswegs frei ist; und solange wird auch unsere Aufklärungsarbeit in Deutschland, wie über die oberste Entscheidung, nicht von Erfolg begleitet sein können.

Eine Aenderung hierin könnte am leichtesten durch einen der Mitgliederstaaten selber angeregt werden. Denn jedes Bundesmitglied hat das Recht, die Aufmerksamkeit des Völkerverbundes auf das Fehlen Deutschlands in seinen Sitzungen über das Saargebiet als einen Umstand von Bedeutung für die internationalen Beziehungen zu lenken, der das gute Einvernehmen zwischen den Völkern zu stören droht, von dem der Weltfrieden abhängt.

Das Schriftstück endet mit der Bitte, sich öffentlich für die Beteiligung Deutschlands an der Saargebietsverwaltung einzusetzen. Am wirksamsten sei es allerdings, wenn die Regierung eines Bundesvolkes selbst die Initiative ergreife.

Sozialismus und Landwirtschaft.

Von Bernh. Schildbach, M. d. L.

Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Landwirtschaft in der Vorkriegszeit war in der Hauptsache durch die bevorrechtete Stellung der grundbesitzenden Adelskaste bestimmt, die in Preußen sowohl wie auch in den anderen deutschen Bundesstaaten Gesetzgebung, Verwaltung und Militär beherrschten und durch den Bundesrat den Reichstag zur Ohnmacht verurteilten. Unter dem Einfluß des Liberalismus sah man in dem großagrarischem Junkertum viel zu sehr politische Ueberlieferung. Wenn man nach ökonomischer Gesichtsauffassung die Grundlage der Vormachtstellung der Junker im Wirtschaftlichen gesucht hätte, dann hätte man bald gefunden, daß sie vorwiegend im Landbesitz wurzelte. Und von dieser Seite her war ihre Stellung zu erschüttern. Ein wirtschaftlicher Kampf, ähnlich dem wie ihn die Gewerkschaften gegen die Unternehmer führten, hätte entzweit werden müssen: Klassenkampf! Dieser hätte allerdings nur von den landlosen und auf Pachtland angewiesenen Bauern ausgehen können. Die Bauern aber waren von den Großgrundbesitzern wirtschaftlich und politisch in den „Bund der Landwirte“ rechtzeitig eingekerkert worden. Und für die sozialdemokratische Partei kam eine systematische betriebene Bauernagitation solange nicht in Frage, als noch große Industriearbeitermassen zu gewinnen waren. Ein weiteres Hemmnis für die Partei bestand auch in der irrigen theoretischen Auffassung, daß die industriekapitalistische Entwicklung sich in der Landwirtschaft wiederhole, d. h., daß der Bauernbetrieb durch den kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetrieb vernichtet werde. Daraus ergab sich die Aufgabe der Partei, in erster Linie die landwirtschaftlichen Arbeiter zu gewinnen und sie vor kapitalistischer Ausbeutung zu schützen. Man erwartete — wie in der Industrie — eine starke Zunahme der landwirtschaftlichen Arbeiter sowie mindestens eine ebenso starke Abnahme der Kleinbäuerlichen Betriebe. Die Entwicklung in der Landwirtschaft ging aber einen anderen Weg als in der Industrie. Einzelne Parteitheoretiker zweifelten die statistischen Feststellungen der Gewerbe- und Betriebszählungen an. Der Theorie „vom naturnotwendigen Untergang“ der Bauernwirtschaft zulebte wurden die gewagtesten Ausdeutungen versucht. Erregte Debatten auf Parteitagungen und in der Presse folgten. Aber noch ehe eine theoretische Umstellung der Partei erfolgen konnte, brachte die im Gefolge des Weltkrieges ausgebrochenen Revolutionen in Rußland und Deutschland ganz elementare große agrarische Probleme zur Lösung. Zwar standen diese Lösungen nicht im Einklang mit der bisher herrschenden Theorie, aber sie wurden gleichwohl unter maßgebender Mitwirkung von Sozialisten durchgeführt.

In Deutschland heißt die Befreiung des Volkes vom Joch des Junkertums nicht nur freies Wahlrecht, Demokratie und Republik, sondern vor allem auch: Reichsfluchtgesetz, Reichsfluchtgesetz, Auflösung der Fideikommissverordnungen, Reichsfluchtgesetz, Auflösung der Fideikommissverordnungen.

Bei Beratung und Begründung dieser Gesetze im Reichstag und in den Parlamenten der Länder — allwo die Ausführgesetze beschlossen wurden — lag reichhaltiges Material für die Beweisführung vor, daß der von fremden Arbeitskräften unabhängige bäuerliche Mittel- und Kleinbetrieb dem Boden höhere Erträge abgewirkt, mehr Menschen auf dem Lande sich hielt und außerdem mehr landwirtschaftliche Produkte auf den Markt bringt, als der landwirtschaftliche Großbetrieb. Diese, den Fachleuten längst bekannte, aber für die Allgemeinheit verblüffend wirkende Tatsache, suchten die Großagrarien mit Ablieferungsstatistiken aus der Zeit der Zwangswirtschaft zu widerlegen, wie sie die Ausführgesetze der Siedlungsgesetze zu hinterziehen such-

ten unter dem Argument, daß sonst die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet sei. Dieser großagrarischen Anti-Siedlungspropaganda trat bezeichnenderweise das Bauerntum nicht entgegen — aus dem einfachen Grunde, weil der Bauernstand gar kein Organ hat, das seine Interessen vertritt! Alle großen landwirtschaftlichen Organisationen, wie der Bund der Landwirte, die Landbünde usw., auch offizielle Vertretungen wie die Landwirtschaftskammern nebst einer großen Anzahl agrarischer (politischer und sachlicher) Zeitungen sind fast ausnahmslos in der Hand großagrarischer Führer.

Die Ablieferungsstatistiken sind jedenfalls kein Beweismittel für die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Betriebsformen; sie beweisen höchstens, daß die Erfassungsorganisation verfaßt ist. Was die Bauern der öffentlichen Bewirtschaftung nicht zulieferten, haben sie in großen Mengen den Hamstern und Schleihhändlern zugänglich gemacht. Andererseits liegen Erhebungen aus Kleinbauerngemeinden vor, die bei gleicher Anbaufläche trotz dreifach höheren Eigenforsums doppelt soviel Produkte abliefern als benachbarte Großgüter.

Durchschlagender für die bedeutende Ueberlegenheit des Bauernbetriebes über den landwirtschaftlichen Großbetrieb sind die eingehenden wissenschaftlichen Untersuchungen, die sich auf eine größere Reihe von Jahren erstrecken, wie z. B. die Arbeiten über die Kolonisten-Güter im Osten Deutschlands. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die jede bäuerliche Neusiedlung zu überwinden hat, haben die Bauernwirtschaften nach wenigen Jahren die kapitalistischen Großgüter in ihrer Leistungsfähigkeit weit überflügelt. In dem kürzlich im Verlag von Quelle u. Meyer (Leipzig) erschienenen Werk „Sozialismus und Landwirtschaft“ von unserem Genossen Dr. E. D. David ist ein erdrückendes Material für die tatsächliche Ueberlegenheit der bäuerlichen Wirtschaft über den landwirtschaftlichen Großbetrieb zusammengetragen. Aber nicht nur das — David weist auch nach, warum der Bauernbetrieb überlegen ist und weshalb dieser Betriebsform die Zukunft gehört.

„Die industrielle Güterherstellung ist ein mechanischer, die landwirtschaftliche Produktion ist ein organischer Prozeß“, sagt David und daraus erklärt sich der Wesensunterschied im Entwicklungsgang zwischen Landwirtschaft und Industrie. Der Kapitalismus in der Landwirtschaft wirkt in anderen Formen als in der Industrie: hauptsächlich als Besitzer und Beherrscher des wichtigsten Produktionsmittels, des Grund und Bodens. Hier hat der Hebel jeder Reform einzusetzen. Durch die Vorrechtsstellung, die der Großgrundbesitzer in der Fideikommissgesetzgebung besaß, wurde die volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch schädliche Großbetriebsform künstlich am Leben erhalten. Rund die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird von Großbetrieben (von über 20 Hekt.) — vielfach extensiv — bewirtschaftet. Wieviele Millionen, die für Nahrungsmittel ins Ausland wandern, könnten im Lande bleiben, wenn statt der Großbetriebe Bauernwirtschaften beständen! Die Ertragsstatistik zeigt, daß die Gebiete mit vorwiegend Kleinbäuerlichen Betrieben die Durchschnittserträge des Reiches erheblich übertreffen. „Die Landwirtschaft“ will dem Reich helfen, indem sie die Nahrungsmittelherzeugung zu steigern verspricht — wenn das Reich keine Eingriffe in das Eigentum vornimmt und keine neuen Steuern verlangt. „Die Landwirtschaft!“ Das ist der Großgrundbesitz, der weder Steuern bezahlet noch Land für Siedlungszwecke abtreten will. Die Regierung soll mit den Bauern verhandeln, die wissen, wie die Nahrungsmittelherzeugung gehoben werden kann!

Mehr Schutz vor Verleumdung!

Von Philipp Scheidemann.

In der „Globe“ wies der bekannte Jurist Dr. Fritz Westhauer an einer neuerdings erschienenen Broschüre über die Erzberger-Hetze nach, wie reformbedürftig die Beleidigungsparagraphen unseres Strafgesetzbuches sind. Zum selben Thema macht Genosse Scheidemann in neuester Heft der „Globe“ bemerkenswerte Ausführungen, die wir ihrer Wichtigkeit wegen wenigstens teilweise wiedergeben möchten.

Der Schutz der persönlichen Ehre ist heute vollkommen ungenügend. Darüber ist sich auch, wie mir versichert worden ist, die Mehrzahl unserer bedeutendsten Rechtslehrer, wenigstens die modern empfindenden unter ihnen, einig. Ich sehe ganz ab von dem Beleidigungsparagraphen 185 des R.-Str.-G.-B., der ja empfindliche Strafen vorsieht. Für einen im öffentlichen Leben stehenden Mann kommt dieser Paragraph am wenigsten in Betracht, denn welcher ernsthafte Mensch wird die Gerichte in Anspruch nehmen, wenn ihn irgendein Hinz oder Kunz „beleidigt“, d. h. ihm vielleicht mit einem blöden Schimpfwort eine höchst unmaßgebliche Nichtachtung ausdrückt. Anders aber steht es mit den §§ 186 und 187 des R.-Str.-G.-B., die von der üblen Nachrede und der verleumderischen Beleidigung handeln. . . . Es ist zuzugeben, daß die angeführten Strafen sehr empfindlich sind, aber wann wird einmal ein Ehrabschneider auf Grund des § 187 überhaupt verurteilt. Jedenfalls ist das nur dann möglich, wenn es gelingt, den Nachweis zu führen, daß eine Verleumdung „wider besseres Wissen“ vorliegt. . . . Aus den reichlichen Erfahrungen, die frühere Minister in den letzten Jahren haben sammeln können, geht klar hervor, daß auch der § 186 schwere Mängel hat. Jemand hat behauptet, daß Herr X seine amtliche Stellung zu Begünstigungen ihm berechneter Personen mißbraucht und dafür persönliche Vorteile genossen habe. Einen schwereren Vorwurf kann es für einen Beamten, ganz besonders aber für einen Politiker, kaum geben. Es wird also Klage erhoben. Der Beklagte, der nichts aus Eigenem weiß, erinnert sich angeblich, irgend wann, irgendwie Ähnliches gehört zu haben, wie er es weiter verbreitet hat. Er wendet sich an einen strebsamen Anwalt, der nun an Gerichtsstelle den „Wahrheitsbeweis“ für die Richtigkeit der von seinen Klienten behaupteten „Tatsachen“ anzutreten beginnt. Es werden Zeugen vernommen, die zwar nichts wissen, was den Kläger belasten und den Beklagten entlasten könnte, aber der Verleumder wird schließlich wegen Beleidigung oder übler Nachrede zu einer harmlosen Geldstrafe verurteilt, weil ihm der „Wahrheitsbeweis nicht gelungen“ ist. Selbstverständlich war der strebsame Anwalt des Verurteilten bemüht gewesen, aus persönlichem

Reklamebedürfnis oder aus parteiagitatortischen Gründen recht viel Staub aufzuwirbeln, den kleinsten Klatsch und Tratsch, der mit dem zur Verhandlung stehenden Fall nicht das geringste zu tun hat, am Gericht zu erörtern. Ein Teil der Presse berichtet lang und breit über den Prozeß frisiert den Bericht derart, daß der Unheim erweckt wird, als sei doch allerlei an dem Kläger hängen geblieben. Als dem Wahrheitsbeweis, den der angeklagte Beleidiger führen sollte, ist ein Reinigungsbeweis geworden, den man von dem beleidigten Privatkläger oder Nebenkläger verlangt. Nicht der Angeklagte, sondern der Beleidigte hat, so erscheint es nach den Zeitungsberichten oft, tatsächlich auf der Anklagebank gesessen. Es braucht nur an den Prozeß Erzberger-Gesellschaft und die Presseberichte darüber erinnert zu werden. Nach einer solchen Berichterstattung ist der weitere Verleumdung und Ehrabschneider Tür und Tor geöffnet. Von hundert Lefern der tendenziös aufgemachten Berichte folgern fünfzig, man habe es dem Kläger „nur nicht beweisen können“, daß er ein korruptes Subjekt ist. Re, man weiß nun, wie der Kerl aussieht! Die Zeitungsberichte haben bössartige oder beschränkte Menschen veranlaßt, die gleichen Behauptungen, derentwegen die erste Verurteilung erfolgte, weiter zu verbreiten. Das geschieht am Biertisch, in Versammlungen, in der Eisenbahn, in Flugblättern und in Zeitungen. Steht der Verleumdete im öffentlichen Leben, so ist er gezwungen, weitere Klagen anzufordern, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß er es nicht wagt, zum zweiten Male an das Gericht zu gehen. Damit aber beginnt ein Kampf um die Ehre, in dem viele erlahmen, weil die Gerichte — wahrscheinlich infolge mangelhafter Strafbestimmungen im Strafgesetzbuch — vollkommen versagen. Als ich Erzberger wenige Wochen vor seinem Tode zum letzten Male sprach, erklärte er mir, daß er keine Klage mehr anstrengen werde, gleichviel, was man ihm vorwerfen möge — er sei kurziert, er habe den letzten Rest von Vertrauen zu den Gerichten verloren. — Aus der Praxis heraus stelle ich noch folgendes fest: In Berlin wurde ein Journalist verurteilt, weil er einen früheren Minister verleumdet hatte. Der von dem Anwalt des Verleumders versuchte Wahrheitsbeweis war nämlich mißglückt. Die von dem Verurteilten behaupteten angeblichen Verfehlungen des Klägers waren durch die gesamte Presse verbreitet worden — bis ins kleinste Dorf hinein. Jedermann „kannte“ also den „Schieber“, der einmal Minister gewesen war und „sich die Taschen gefüllt hatte, ganz genau“. In allen Wirtschaftskreisen, in jedem Eisenbahnabteil ist der Verleumdete das Gesprächsthema — „so ein Schuft und Schieber!“ Nach der Verurteilung bringen von dem Ausgang des Prozesses nicht fünf von je hundert, dem Verleumdeten politisch feindlich gesinnte Zeitungen, die die Verleumdung weiter verbreitet hatten, einen Bericht. Von den fünfzig begnügen sich vier mit einer zweizeiligen Notiz an verletzter Stelle: wegen angeblicher Beleidigung des ehemaligen Ministers X ist der Redakteur Y zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Verleumdungsheute grassiert weiter: Der ehemalige Minister ist gezwungen, die Gerichte auch weiter zu belästigen. In Hamburg und in München, in Königsberg und Barmen, in Hannover, in Frankfurt a. M. und wo sonst noch sind entweder gleichzeitig oder nacheinander die gleichen üblen Nachreden und Verleumdungen Gegenstand gerichtlicher Prüfung. Und nun wird überall von einer Berliner Zentrale aus zugunsten des beklagten Verleumders, „der Wahrheitsbeweis angetreten“, der selbstverständlich überall mißlingt. Aber überall wird der Zweck der Uebung erreicht: der einfältigste Klatsch, die blödesten Fragen der Verteidiger, die für die naiven Leser der Zeitungen berechnet sind, werden von der Presse weiter verbreitet und — es bleibt etwas hängen. So kann ein Schwachnerviger zu Tode gehetzt werden. Man muß annehmen, daß dies in manchen Fällen die bestimmte Absicht der Verleumderzentrale ist. Männer, die weniger schwachnervig sind — wie beispielsweise Erzberger —, können ja, wenn sie durch die Verleumdungsheute nicht klein zu bekommen sind, durch irgend ein Mitglied der Mörderzentrale niedergelassen werden.

Bei dem jetzigen Stande der Dinge kann eine Verleumderzentrale — und eine solche besteht zweifellos! — für den Pappenstiel von einigen zehntausend Papiermark jeden ihr unbequemem politischen Gegner durch einige käufliche Subjekte nicht nur für das öffentliche Leben ziemlich lähmlegen, sondern vielleicht auch gesundheitlich und in seinen Vermögensverhältnissen vollkommen ruinieren.

Es sind offenbar Mängel unseres Strafrechts und der Strafprozedur vorhanden, von denen ich hoffe, daß sich Juristen finden, die sie prüfen, um geeignete Vorschläge zu machen, die gesetzgeberisch verwirklicht sind.

Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		Berlin, 30. Januar.	
		30. Jan.	28. Jan.
Amsterdam	100 fl.	7492.50	7387.60
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	1595.40	1578.10
Konstantina	100 Kr.	3198.60	3151.80
Kopenhagen	100 Kr.	4053.90	4003.95
Stockholm	100 Kr.	5119.5	5043.95
Helsingfors	100 finn. Mk.	421.55	395.60
Rom	100 Lire	905.15	886.60
London	1 £	864.10	852.60
New York	1 Doll.	24.54	200.04
Paris	100 Frs.	1673.80	164.35
Zürich	100 Frs.	3981	3900.05
Madrid	100 Pesetas	3076.90	3021.95
Wien	100 K.	6.18	5.78
Budapest	100 K.	29.87	29.10
Prag	100 K.	397.10	390.10

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiff-name	Kapitän	Vertunftsart	Fahrzeit	Tage	Std.
Angekommen am 31. Januar.							
D.	R. B. 83	Janßen	v. Travemünde	nach Lübeck			

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. A. Ueber für Freiheit Lübeck und Neuland Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schull; für Anierab Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 31. Januar.

Aus der Bürgerschaft.

Im Bürgerschaftssaal herrschte am Montag eine ständige Aufregung. Sie entsprang den politischen Gegensätzen der extremen Parteien von ganz links und ganz rechts. Sie resultierte aber auch aus dem mangelnden Entgegenkommen des Senats in hochwichtigen Fragen, bei denen der Senatskommissar eine ziemliche Weltfremdheit an den Tag legte. Sehen wir doch einmal von den Phrasen, wie sie der Kommunist Heiborn in seiner ellenlangen Brandrede verzapfte, ganz ab. Wir wissen, was wir von derartigen Bekenntnissen zu halten haben. Sie werden nach denselben Gesetzestafeln überall gehalten und interessieren nur durch das Neue am Orte. Aber daß dem Senatskommissar Kulekamp von den unerhörten Urteilen gegen Angehörige der arbeitenden Stände ebensowenig bekannt sein sollte wie von den unzähligen Freisprüche oder lächerlich geringen Strafen der Verfächter des alten Staatsgedankens, das war doch eine etwas naive Zumutung an die Mehrheit des Hauses. Sie wurde auch nur durch steigende Erregung von der Mehrheit der Bürgerschaft entgegengenommen und ganz besonders durch die Genossen Haut Dr. Leber und Dreger auf den Seziertisch gelegt. Es ist immerhin als ein Zeichen beginnender Erkenntnis aufzufassen, daß ein deutschnationaler Richter, Dr. Gehard, die Schuld vom Richterstand abzuwälzen und sie den Gesetzen aufzuhalsen versuchte. Was die Sozialdemokratie jahrzehntelang betonte, wird jetzt auch am Urquell des Rechtes schlichter zugegeben. Zu dem Bekenntnis, daß auch die handelnden Personen sich nicht zu knapp in den Geist der verfeinerten Paragraphen verbißen haben, konnte man sich noch nicht ausschwingen. Im Gegenteil: je weiter die Linie nach rechts führt, um so gewalttätiger suchte man die Hüter des Rechtes zu verteidigen. Herr Dr. v. Broden leistete sich hierin ganz Entsetzliches. Seitdem er Sprecher der deutschnationalen Fraktion geworden ist, sucht er diese Ehre durch Nachahmung konservativer Gesinnung vollkommen zu rechtfertigen. Einem Deutschnationalen war noch niemals ein Urteil zu hart, sofern es Arbeiter betraf. Warum sollte es auf einmal anders sein! Das Geschrei der Kommunisten entsprach dem Kräfteaufwand und der agitatorischen Note. So scharf die sozialdemokratischen Fraktionsredner auch die Justizstandale und insbesondere das unbegreifliche Urteil in der bekannten Klagenfrage verurteilten, sie gaben den Verfechtern des Terrors keinen Augenblick die Hoffnung, daß sie nun mit den Kommunisten durch die dünn reiten wollen. Dazu liegt gar keine Ursache vor. Zwecklose Wortdemonstrationen lehnen wir ab. Hier handelt es sich vor allem darum, die Opfer einer falschen Justiz, die von monarchistisch gekennnten Richtern getragen wird, vor Strafe so zu bewahren, daß sie nicht auf Gnade angewiesen sind und ein Recht erhalten, das ihnen die verkehrte Auslegung unzeitgemäßer Gesetze verleiht. Deshalb wurde, aus praktischer Erwägung heraus, der sozialdemokratische Antrag und nicht der der Kommunisten angenommen. Die Demokraten hielten es mit den Volksparteiern und meinten, das Begnadigungsrecht des Senats könne den gleichen Zweck erfüllen, während die Arbeitgemeinschaftler mit den Deutschnationalen harmonierten.

Genau so rückschrittlich wie in der Anschauung über die Justiz zeichnete sich die Rechte bei den Schlußfragen aus. Auch hier geht man nur ungerne vom Hergebrachten ab und sucht jeden notwendigen Fortschritt zu unterbinden. Genosse Dr. Leber brachte ja recht niedliche Beispiele vor, mit denen vernagelte Lehrkräfte dem Ganzen aus dem Wege gehen wollen. Es sind zwar Rinkerfahrungen, die schließlich auch noch einem reaktionären Jugendbildner ausgetrieben werden können, aber sie sprechen doch für sich selbst. Der Vertreter der Oberschulbehörde, Senator Kulekamp,

stellte sich taub, dafür rebete aber die deutschnationalen Lehrerin Zrl. K o l l e ihren Stiefel unverzagt voll, und der Volksparteiler Gehl legte das Reichsgeheimnis seiner Partei zum Monarchismus ab. Dabei vergaß er nicht, einen Grund zu dieser Gottanbetung anzuführen: er ist vom Feldwebel zum Leutnant der Landwehr befördert und kann nun seine schöne Uniform nur zu Hause spazieren tragen. Das ist nicht nur bei Herrn Gehl der größte Schmerz. Alle diese reaktionären Reden wurden mit zahlreichen Zwischenrufen durchsetzt und mit steigender Unruhe aufgenommen, so daß sich schließlich — als der Arbeitgemeinschaftler Dietrich sich wegen eines angeblich unterlassenen Ordnungsrufes mit dem Wortführer im Unteroffizierston zu streiten begann —, der Wortführer gezwungen sah, die Sitzung zu unterbrechen. Wenn man der Sache auf den Grund geht, dann war die ganze Erziehung vollkommen überflüssig. Denn der Zwischenruf: „Halten Sie die Schnauze“ fiel völlig unpersönlich und war nur eine Anzüglichkeit über die bekannten alten Kasernenhöflichkeit. Die Erregung legte sich auch im Vorraum nieder. Recht pösslerisch nahm sich der Arbeitgemeinschaftler K e h l s e n aus. Aus seinem Winterschlaf erwachend, wollte der gute Mann eine persönliche Bemerkung anbringen. Für wen oder wegen was, das blieb durch das humorvolle Eingreifen des Wortführers der Bürgerschaft verborgen.

Gegen 10 Uhr kam endlich der erste Senatsantrag zur Verhandlung. Die Kommunisten zeigten sich wieder als Lebenskünstler, die immer ausgehen können, ohne anzunehmen zu brauchen. Genosse Haut verwies die rechtseligen Mannen an die Macht der Tatsachen und sagte ihnen auch noch sonst, was notwendig zu sagen ist: daß deren bürgerschaftliche Tätigkeit nur agitatorischen Zwecken dient, unbeschwert von Verantwortung und voll von Bluff.

Die ganze Verhandlung zeigte ein Bild, wie es kaum jemals in der Bürgerschaft vorgekommen ist und wie es sich nicht oft wiederholen darf, soll nicht die Volkvertretung Lübecks an ihrem Ruf Schaden erleiden.

Die Preissteigerung am Baustoffmarkt.

In ihrer nächsten Nummer bringt die vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegebene Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ folgende Gegenüberstellung der Preissteigerung, berechnet auf eine Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche.

Baustoffe	1. Juli 1914	1. Januar 1922
Mauersteine	700,—	19 236,57
Zement	60,—	1 206,57
Stückzement	73,—	1 888,—
Gips	12,50	223,72
Dachstre	243,50	5 519,08
Rohrgewebe	23,50	496,—
Randholz	264,—	10 250,—
Fußboden	152,50	4 013,80
Zint	55,50	2 142,40
Summa	1 584,50	44 915,57

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1584,50 Mk. am 1. Juli 1914 auf 44 915,57 Mk. am 1. Januar 1922 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, so ist bis zum 1. Januar 1922 eine Preissteigerung der Baustoffe von rund 2835 Proz. zu verzeichnen. Anfangs Januar betrug die Indexziffer für die Baustoffe 2835. Anfangs September 1921 wurde sie auf 1473 errechnet.

In vier Monaten sind demnach die Baustoffe fast genau auf das Doppelte gestiegen. Man wird nicht sagen können, daß eine derartige Preissteigerung durch die allgemeine Geldentwertung und durch die gestiegenen Löhne zu begründen sei. Die Löhne sind in den letzten Monaten nur um 35 bis höchstens 45 Proz. gestiegen. Die Preissteigerung, die sich zuletzt auf dem Baustoffmarkt vollzieht, ist also zum überwiegenden Teile eine völlig ungerechtfertigte.

Stahlhelm-Helden. Die Ortsgruppe Lübeck des Stahlhelms hat nach heiligen Blättermeldungen in ihrer Hauptversammlung am 27. Januar eine Entschließung gegen die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher an die früheren Feinde angenommen. Die Kurtheilung des Stahlhelms in Magdeburg soll diese Entschließung der Regierung und der Presse übermitteln. Wir würden nun der ganzen Sache keine Notiz nehmen, wenn die Resolution nicht mit folgenden großsprecherischen Sätzen enden würde: „Der Stahlhelm und alle seine Mitglieder mit ihrer Person werden dafür eintreten, daß kein Feind und kein deutscher Volksgenosse den feindlichen Befehls Hand an unsere Kameraden legt.“ Als die teuflichen Heldenjöhne diese Entschließung am Kaisergeburtstag lasen, haben sie sich jedenfalls in einer sehr mutigen Stimmung befunden. Wir hoffen, daß sie nie in die Lage kommen werden, ihre Worte in die Tat umzusetzen. Das Sprichwort: Groß in Worten, aber klein in der Tat ist bisher zu oft Wirklichkeit geworden. Auch wir sind gegen die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher an die früheren Feinde, da wir befürchten, daß sie dann nicht objektiven Richtern, sondern vielmehr Rächer überantwortet werden. Gegen eine gerechte Bestrafung der Schuldigen haben wir nichts, nur dürfen dann nicht die deutschen allein, sondern es müssen alle bestraft werden. Wenn die Entente keinerlei von der Auslieferung Abstand genommen hat, so nicht darum, weil sich die deutsche Regierung auf den Gewaltstandpunkt, sondern auf den Rechtsstandpunkt stellte. Der Stahlhelm mißt mit seinem kindischen Vorhaben die Sache der deutschen Kriegsverbrecher eher schädigen als nützen. Aber es sind ja Helden, die so vorgehen — Maulhelden!

5,20 Mk. Milchpreis für Februar. Die Milchkommission des Landesverwaltungsamtes legte in ihrer Sitzung am Montag abend den Milchpreis für den Monat Februar pro Liter auf 5,20 Mark fest. Für Januar war bekanntlich der Preis von 4,80 Mk. angelegt worden. Leider wurde diese Vereinbarung nicht von allen eingehalten. Einige Händler und die Gemeinnützige Milchversorgung erhöhten im Laufe des Monats die Preise. Nach etwa 12 Tagen folgte auch die Hanja-Meierei und so kostete die Milch am Schluß des Monats Januar nicht 4,80 Mk., sondern 5 Mk. das Liter. Die Kommission strebt nun dahin, solche eigenmächtigen Erhöhungen zu verhindern. Der festgesetzte Preis soll für alle bindend sein. Sollten trotzdem Preisüberschreitungen vorkommen, so wird die Kommission erneut zusammentreten und wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Preistreiber ergreifen. Es ist u. a. beabsichtigt, die Namen derjenigen öffentlich bekanntzugeben, welche den von der Kommission festgelegten Preis überschreiten. Der Milchpreis soll sich, wie bereits früher beschlossen wurde, nach dem Butterpreis richten und der zehnte Teil des Butterpreises des Vormonats betragen. Der Durchschnittsbutterpreis, der auf der Butterauktion in Hamburg erzielt wurde, beträgt für Januar 44,43 Mk. Der zehnte Teil ist 4,40 Mk. Davon gehen nach Vereinbarungen mit den Landwirten, 20 Pfg. ab für das Abholen vom Stall, so daß der Erzeugerpreis 4,20 Mk. beträgt. Der Händlereaufschlag wurde mit einer Mark bemessen. Mithin beläuft sich der Kleinverkaufspreis auf 5,20 Mk. pro Liter. — Gegenüber dem Vormonat ist das wieder eine kleine Erhöhung, die aber für kinderreiche Familien doch erheblich ins Gewicht fällt. Preissteigerungen überall. Die Löhne und Gehälter müssen schnellstens folgen. Hoffentlich wird der festgesetzte Milchpreis von den Erzeugern und Händlern strikte eingehalten. Gewuchert ist genug.

Verbilligung der Fahrpreise von Bremen nach Neunorf. Auf Grund eines Beschlusses der norddeutschen Schiffsahrtskonferenz, der nunmehr auch der Norddeutsche Lloyd in Bremen wieder beigetreten ist, sind die für die überseeischen Dampfer zurzeit gültigen Fahrpreise ab Bremen erheblich herabgesetzt worden. So kostet beispielsweise ein Kajütenplatz auf den Norddeutschen Dampfern „Geddy“, „York“ und „Hannover“, mit denen der Norddeutsche Lloyd von Mitte Februar ab einen eigenen vierstündigen Dienst zwischen Bremen und Neunorf neben dem jetzt bestehenden Dienst der United States Lines wieder aufnehmen wird, nur 125 Dollar, während der Fahrpreis für die 3. Klasse 102,50 Dollar beträgt. Ein so niedriger Fahrpreis ist nach dem Kriege noch nicht zu verzeichnen gewesen.

Neue Fahrpreise für Expreß- und Zugzüge. Auch vor Einführung der neuen Tarife im Eisenbahnverkehr treten in den Bestimmungen über die Benutzung von Expreßzügen neue Vor-

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schüling.

16. Fortsetzung.

Immer aber haben unsere Umgebungen, wie sie auf uns einwirkten, auch von unserm Leben einen Teil zurückbekommen. Sie sind die sicheren Bewahrer von Gefühlen geworden, die ohne sie in die Winde zerflattert sein würden. Gedanken und Erlebnisse können in stumme Schweigende Räume eingeschlossen sein, wie lebendige Geister durch ein Salomonsiegel in eine Flasche, wie geheimnisvolle Geschichten in dunkle Herzkammern. Ihr habt sie vergessen und ganz anders zu denken, zu tun — bis ein Zufall euch das rostige Schloß öffnet und die kurranten Angeln aufschließen läßt. Dann weicht es euch an, als wäre ihr plötzlich in einen bestimmten Moment der Vergangenheit zurückversetzt; es ist, als tönte das Wort, dem ihr einst darin gelauscht, noch von den Wänden nach.

Hat man sie nun auf immer zu verlassen, die Räume, die man mit seinen eigenen Gedanken und Eindrücken lebendig gemacht hat, dann bekommen sie etwas leichenhaft Unheimliches; sie sind wie ein Körper, aus dem die Seele fortgezogen ist; die Erinnerung an sie spricht nur von einem Stück toter Vergangenheit. Was ein Tempel eurer Phantasien war, wird ein leerer Steinhaufen; und auf eurem Weg nimmt ihr das Bild von einem zuhause; mit der ein Ende nahm, ohne daß — für euch — sich ein anderer an seiner Stelle entwickelte — der gestorben ist, ohne wieder zu erwachen. Der Gedanke an den Tod ohne Unsterblichkeit tritt in euer Leben.

Durch Bernhards Seele mochten derartige Betrachtungen gehen, als er die Nacht über bei seiner kranken Mutter wachte. Er sah stille und in sich gefehrt, von einem schwachen Nachtsicht angeleitet und das Haupt zuweilen müde, mit geschlossenen Augen, auf die hohe Rückenlehne seines Armstuhls zurückgelehnt. Mit einer größeren Lampe ging Lene nach ab und zu, um Sachen aus dem Zimmer zu holen, die sie draußen in Koffer einpacken wollte.

„Da ist der Mantel für morgen,“ sagte sie, indem sie sich dicht an Bernhards Stuhl mit den auf einer Kommode liegenden Kleidungsstücken Margarets zu schaffen machte. Dann trat sie an einen Koffer und öffnete ihn.

„Was hast du in dem Koffer zu suchen, Lene,“ fragte Bernhard, ohne die Augen zu öffnen.

„Ich will nur reines Nachzeug herausnehmen, daß er auf der Reise nicht aufgeschloßen zu werden braucht.“

„Hat meine Mutter dir den Schlüssel gegeben?“

„Ja, Herr.“

„Hast du da nicht Papiere, Lene?“ fragte Bernhard einige Augenblicke später und blinzelte auf.

„Hier? Nein, das ist ein reines Schnupftuch.“ Sie zeigte ihm ein weißes Tuch.

„Ah ja, ich glaube, ich hätte Papiere ripeln gehört.“

Es war Morgen. Margret war erwacht, wie sie behauptete, durchaus genesen. Lene sagte, sie sei mit dem Einpacken fertig und ging, sich etwas auszuruhen. Bernhard stärkte sich ebenfalls durch einen kurzen Morgenschlummer, und als es spät genug geworden, um ohne Auffallen einen Besuch im Stille machen zu können, ging er dorthin, um von Katharinen Abschied zu nehmen, ihr die Wendung, die sein Geschick genommen, mitzuteilen und mit ihr zu verabschieden, wann er sie wiedersehen könne. Um elf Uhr konnte er längst wieder da sein. Er stand bald auf der Höhe unter dem Baume mit dem Muttergottesbilde. Auch von ihm mußte er Abschied nehmen; von dieser Steinbank, auf der er so oft gesessen, wenn ihn das Wetter überrascht; dann hatten ihn die Arme überdacht, daß er ganz behaglich und warm über die Ebene hinausgeschaut, wo die Tropfen niederrieselten und dunklig von dem Heidekraut wieder aufstäubten, wo das leise Plätschern ihn in allerhand Träumereien gelockt hatte. Aber er hatte jetzt nicht Zeit, sie fortzulassen; er wollte sich nach wenigen Minuten von der Bank wieder erheben, als er hinter dem Baume, in einiger Entfernung, eine lustige Hörnerfanfare schmetterten hörte; gleich darauf Hufschläge, die über die Heide schoben; zwei Bittres in ansehnlicher, schwarzroter Korse sprangen an ihm vorüber; hinter ihnen her kam noch einer, der „Meisterjäger“ mit einem großen Reit- und Spürhunde, den er am Seile hielt, beide in stolzem Laufe, der Jäger von dem wilden Rücken gezogen und gejerrt, doch er jeden Augenblick die Länge nach auf den Boden legen zu wollen schien. Das Tier hatte die Fährte und setzte jetzt in schärferen Sprüngen, die Nase immer am Grund, lautlos an Bernhard vorüber. Dieser überdachte die Heide und sah, daß sie am Schluß des ersten Altes einer Trauödie auserlehen war, die durch rasche Handlung vor allen andern vorteilhaft auszeichnet und immer endet mit dem gemeinenswerten Tode des einzigen, nicht ganz unvernünftigen Wesens, das auf die Bühne kommt und deshalb auch billia der Held ist.

Der Kurfürst Klemens Quast, Erzbischof von Köln, und Deutschmeister, ausbleich Fürstbischof von Münster und andern Fürstbischöfen in Norddeutschland, so gewiß, daß er nur dauern konnte, daß Karl der Große ihrer nicht mehr gemacht, ein Mann, reicher als der Kaiser — der ähriants sein Bruder war — hausfugiger und praktischer als Ludwig XIV., war ein gewaltiger Jäger nach dem Herrn. Er jagte allerlei Wild, gleichviel ob es zur Feder oder niedern Jagd gehörte; vorzüglich aber Hirsche und nur hiele porföre.

Solch eine Vorforcejagd hatte heute die Heide zum Sammelplatz erwählt. Hier und da, in großen Entfernungen, sah man Gruppen von Reitern mit Sattelkasperder aufgestellt oder weiter voranziehen. Kern am Rabe trachte ein Trupp uniformierter Träger mit mehreren Säcken ihnen nach; es waren also auch Damen bei der Heijagd, für deren Ermüdung man vorgelesen.

Der Kern der Jagd begann an Bernhard vorüber zu führen; es war die Meisterei, mindestens zweihundert Reiter. Der Spür-

hund hatte noch nicht angeschlagen oder Laut gegeben, sie waren deshalb noch in der Koppel und bestien, heulten, zerrten an den Seilen — schmeigten sich unter den Reißhieben, die wie Pistolenhölle jedesmal in den blästen Haufen klafften, sprangen und schlangelten die gegessenen Leiber — es war eine fast eckel-hafte Herde, wie eine zahllose Menne Blutegel, Jäger zu Pferde mit Hörnern an bunten Fesseln, Büchsenpanzer, Jagdschmiede, Sattelknechte, Wäpse, Stallmeister und Reiter mit losen Pferden, zohlloses Volk, jeder in demselben scharlachroten, mit Goldstreifen reichbestickten Jagdschmuck im Trab und Galopp; lachend, sich Scherze zurufend, hier einer, der keinen Klepper zu einer Kurvette spornete, dort ein anderer, der einen kurzen Signalfuß aus dem Horne schmettern ließ; so setzten alle an der großen Suche her, quer über den Weg und dann weiter, um der Herrschaft Platz zu machen. Diese kam, weniger zusammengepackt, an Bernhard vorüber; Wagen in einer Schaar, dann der Kurfürst selbst, eine hohe, imposante Gestalt, die bloß durch das Gewicht ihrer Majestät den mutigen Schimmel zu bändigen schien, umgeben nun nie: his fünf Kavaliere; ihm zur Seite ritt eine anmutige glänzende Frauengestalt, mit der den Kurfürst sich unterhielt. Alle waren in demselben Anzuge; nur überflatterte die Keinen dreieckigen Hüte ein Busch von blau und weiß gefärbten Straußfedern; der Kurfürst war aus dem bayrischen Hause und die Farben der Wittelsbacher tanzten lustig über die westfälischen Heiden.

Bernhard war verlegen und wußte nicht, ob er sein Köppchen absetzen und so die hohen Herrschaften mit einem Übergeben des Grußes bemühen dürfe; er ward der Sorge schnell überhoben; sie ritter vorüber, ohne ihn zu beachten. Zwei Damen folgten, eine Anzahl Herren, wie ein schüderer Kortege um sie geschart; dann noch eine Dame ebenfalls zwischen zwei Herren, die angelegentlich um das Glück, sie unterhalten zu dürfen, sich bemühten. Bernhard kannte diese Dame, obwohl er sie nie in dem fast theatralischen Kostüm, in dieser roten Jagduniform über der langen weißlichen Blause, in dem kleiner runden Federhute, der so hoch über den Locken hing, so hoch im Querlattel sich schaukeln gesehen. Ja, sie sah hoch und fast von ihrer Höhe herab; in demselben Augenblicke aber, wo sie Bernhard erblickte, wie er mit entblößtem Kopfe demütig am Wege stand, begann sie rasch ein lautes scherzendes Gespräch, dann grüßte sie freundlich aber herablassend, mit einem Kopfnicken, wie sie jeden Landmann am Wege grüßte, ritt vorüber und ließ ihr braunes Pferd wie die geschickteste Reiterin über den Graben jenfeit des Fußpfades gehen, obwohl das Tier recht auf, wie die Pferde der beiden Kavaliere, im Schritte hinübergekommen wäre. Ihre Besreiter saßen nicht nach Bernhard um; sie schienen nur Jäger für sie zu haben. Sie waren die letzten; der Jagdtag war vorüber; in der Ferne aber begann das Herden der Hunde in ein lautes hihiges Geheul überzugehen; der Hirsch mußte gefunden sein und die Meute entlockt; die Reiteren schmettern jetzt anhaltend über die Heide hin und der ganze Tröck, der sich in Galopp gesetzt hatte, schmolz immer mehr in ein unbedeutendes Gewirr am Horizont zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 30. Januar.

Wortführer: G. Ehlers. — Beginn 6.20 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl von fünf Mitgliedern des Finanzgerichts vorgenommen. Es werden gewählt: Th. Schreiber, Rasbohm, Dr. Leber und Hof. An Stelle des Verstorbenen, der von dem Bezirksarbeiterrat zu wählen ist, wurde von der Bürgerschaft vorläufig H. Ehlers bestimmt. — Frau Greve (Komm.) beschwert sich über den Bericht des Volksrates, in dem gesagt wurde, sie hätte einer Kommission über die Siedlerangelegenheit nicht beigewohnt. Es wird vom Wortführer festgestellt, daß tatsächlich nur zwei Sitzungen in der betr. Frage stattgefunden haben.

1. Antrag Heilbronn:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr bis zum 10. Januar den Entwurf zu einem Amnestiegesetz vorzulegen. Unter das Amnestiegesetz sollen fallen:

1. alle politischen Delikte, soweit sie von Angehörigen oder Anhängern von Arbeiterparteien begangen worden sind;
2. kriminelle Delikte leichter Art, soweit sie durch die wirtschaftliche Not verursacht worden sind.

Heilbronn (Komm.) begründet seinen Antrag eingehend. Er beginnt mit einer Erläuterung der Klassenunterschiede der kapitalistischen Gesellschaft. Struppelhaftigkeit und Egoismus sei die Unterlage der bestehenden Gesellschaftsformen, denen kein Verbrechen zu groß sei, wenn der notwendig hohe Gewinn warte. Das Proletariat werde heute mehr als je ausgebeutet, die Not sei größer denn je und erzeuge demgemäß Vergehen. Die Unternehmerschaft während des Krieges dem Staat schwer beltonen und den Notleidenden böse Beispiele vorgemacht. Wer aus Not gestohlen habe, dem solle man die Strafe erlassen. Auch kleinere Delikte anderer Art müßten unter die Amnestie fallen. Die bestehende kapitalistische Gesellschaft sei an sich ein Verbrechen, und müsse beseitigt werden. Wer daran mitarbeitete und deswegen bestraft werden sollte, müsse amnestiert werden. Nicht unter die Amnestie fallen könnten selbstverständlich die Angehörigen der kapitalistischen Klasse. Wir selbst wollen den Terror, das Leugnen wir durchaus nicht. Die kapitalistische Gesellschaft schließt die Verbrecher, wenn sie aus den eigenen Reihen hervorgegangen sind, geht aber um so schärfer gegen die Arbeiter vor. Im einzelnen führt der Redner die Fälle an, bei denen die Klassenjustiz Rechte habe. Zum Schluß behandelt er die bekannten Vorfälle bei der Flagenfrage, bei denen zwei Arbeiter wegen Landfriedensbruchs zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Eigenmächtig sei, daß man gerade 2 Arbeiter herausgesucht habe. Auch das zweite Urteil sei ein Schandurteil und müsse sofort korrigiert werden. Der Bourgeoisie müßten die Gerichte entzogen und die Gerichtsbarkeit in die Hände der Arbeiter gelegt werden. Dann werde so Recht gesprochen, wie es dem Volksempfinden entspreche. Die Unmöglichkeit müsse abgeklärt werden. Wer sich der Entwicklung zum Rechtsstaat entgegensetze, müsse aus dem Wege geräumt werden. Von der Rechte des Hauses erwarte er nicht, daß sie dem Antrag zustimmt, wohl aber von der Sozialdemokratie. Der Redner stellt einen Abänderungsantrag, den Zeitpunkt im obigen Antrag in 20. Februar umzuändern. Ferner stellt Redner ein Ersuchen, bei der Reichsregierung für eine Amnestie aller politischen Gefangenen einzutreten, soweit sie von Anfängern oder Angehörigen der Arbeiterparteien begangen wurden. — Senator Rutenkamp erhebt Protest gegen die Ausrückung, daß im Deutschen Reich Klassenjustiz getrieben werde. Ebenso protestiert er gegen die Bezeichnung Schandurteil bei den Verurteilungen in der Flagenfrage. Sämtlich in Lübeck wie im Reich seien mehrfach Verurteilungen erlassen, die sich mit Straflosigkeit oder Strafaufschub befähigten. Der Senat mache von seinem Gnadenrecht sehr ausgiebigen Gebrauch; so hätten etwa 130 Personen, die bei den Wänderungen beteiligt waren, von der Beendigung Nutzen gehabt. Bei einzelnen Verurteilungen habe es sich um Leute mit hohen Vorstrafen wegen krimineller Vergehen. — Haut (S.): Wir können dem kommunistischen Antrag nicht zustimmen, weil er nur in einseitiger Weise Straffreiheit gewähren will. Soll schon Strafaufschub oder Strafmilderung im allgemeinen Umfang eintreten, muß diese allen zugute kommen. In sachlicher Beziehung sind wir mit den Kommunisten einig, soweit die Flagenfrage in Betracht kommt. Die Aussetzung des Senats, er gebe in Deutschland keine Klassenjustiz, ist zu bedauern. Diese gibt es natürlich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich werde bei passender Gelegenheit die Bemerkung hierfür bringen. Ueber den Standpunkt des Landgerichts muß man tatsächlich verwundert sein. Hier war nicht Objektivität maßgebend, sondern der Umstand, den politischen Gegner zu strafen. — Redner stellt folgenden Antrag A und B an den Senat: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die wegen der Flagenfrage verurteilten Personen zu amnestieren.“ Dr. Gebhard (D.) nimmt die deutschen Gerichte in Schutz. Die Richter seien für das Gesetz nicht verantwortlich. Das Strafgesetzbuch enthalte Fehler und sei abänderungsbedürftig. Korrekturen hierzu seien ja im Gange. Bei dem Lübecker Fall dürfe man nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Der angelegte Paragraf entspreche allerdings nicht, mehr dem Rechtsempfinden. Im vorliegenden Falle habe der Richter nicht anders verfahren können und habe auch die notwendigste Strafe festgesetzt. Man könne kein Gesetz so fassen, daß es allen Eventualitäten entspreche, deshalb sei ein Beendigungsrecht geschaffen. Der Redner erklärt, auch seine Partei stehe auf dem Standpunkt, daß die Strafkammern nicht allein vom Berufsrichteramt besetzt werden dürften. — Dr. v. Broden (D.) ist der Ansicht, die Vergebung durch die Presse sei ein Grund, die Verurteilten durch einen Gnadenakt vor Strafe zu schützen. Der Wortführer habe den Tatbestand des Landfriedensbruchs viel zu schärfen betont. Politische Verbrechen seien in Lübeck nicht vorzukommen. Der kommunistische Antrag verlange sogar Straffreiheit selbst für Diebstahlsdelikte. Unbegreiflich bleibe, daß die Kommunisten nur den Angehörigen einer bestimmten Partei helfen wollten. Genau so gebe es in jeder Partei, aber es sei nicht zu begreifen, mit welcher bornierten Unwissenheit und gewissenlosen Gesinnungslosigkeit man auf Arbeiter einwirke. Keine Partei dürfe man für Verbrecher einzelner verantwortlich machen. Nach den Äußerungen des kommunistischen Redners könne man froh sein, daß sich die Richter durch keine Drohung hätten einschüchtern lassen. — Krant (Komm.): Auf die Anklage hätte der Vertreter der Wiking-Rederei gehört, der die Massen durch die schwarz-weiß-rote Flagge provoziert hätte. Der Arbeiter Greve gehörte gar nicht zum Demonstrationszug. Ueber die Reinwaschungsverluste der Richter braucht man sich nicht zu wundern. Die Richter könnten trotz der veralteten Gesetze anders handeln, wenn sie nur wollen. Der Staat sei nur der Geschäftsführer der kapitalistischen Klasse. Habe erst die Arbeiterklasse die Macht in Händen, dann werde sie die Bestien des Klassenstaates schon ausrotten. Redner tritt für die größtmögliche Amnestie für alle Vergehen ein, soweit sie in den heutigen Verhältnissen begründet sind. Auch die Urteile der heutigen Kapitalisten hätten sich als Wegelagerer bestätigt. — Klein (Dem.) lehnt den 1. Absatz des Antrages Heilbronn's keiner Einseitigkeit wegen ab. Die Demotratoren müßten dem 2. Absatz zugestimmt haben, er falle aber nach den Senatsklärungen in sich zusammen. Zum sozialdemokratischen Antrag ist der Redner der Meinung, daß ein befandenes Amnestiegesetz nicht notwendig sei. Hier könne der Senat vor seinem Beendigungsrecht Gebrauch machen. — Dr. Leber (Soz.) verweist auf der Hand einer Broschüre auf die unauferlegliche Tatsache, daß von rechtsstehenden Kreisen die letzten Jahre 314 Morde beantragt wurden, ohne daß die Strafe des Gesetzes für über die Einleitung trat. Die Strafen hierfür belaufen sich auf 31 Jahre Gefängnis, während gegen Kommunisten bei 18 ausgeschobenen Morden 8 Todesurteile und 176 Jahre Zuchthaus usw. verhängt

wurden. Der Redner erinnert weiter an den Mord von Garrels und Erzberger und kennzeichnet die Äußerungen Dr. Gebhards und Dr. v. Brodens als unverständlich. Die Richter können sich eben nicht objektiv zu den Vorgängen stellen. Würde in den Vorkriegszeit irgend einer den Mut gefunden haben, etwa einer studentischen Bismarckfeier mit einer roten Fahne entgegenzutreten, er würde in der Gefängnisstrafe worden sein. Die Richter hätten darin dann eine unerhörte Provokation erblickt und das Urteil wäre danach ausgefallen. Man dürfe sich hierbei nur des berühmten Urteils des Kohnenprozesses erinnern. Unter Freudenheul habe man die Offiziere freigesprochen. In Elsaß-Lothringen sei man gegen die Träger des blau-weiß-roten Bändchens auch scharf vorgegangen. Die Richter hätten sich stets die Gesetze, die ihrem Rechtsempfinden entsprechen und hätten heute kein Recht, sich über die Formwörter aufzuregen. Heute mache man einzelnen Arbeiterführern den Vorwurf, sie seien Heber und Volksverführer und wolle dabei vergessen machen, wie man früher die Sozialdemokratie unterjocht. Zum Antrag selbst sei zu sagen, daß dieser sachlich insofern erledigt sei, weil hier in Lübeck keine Gefangenen seien, die darunter fallen. Könten die Richter nicht das Recht finden, das dem Volksempfinden entspreche und der Republik das zu geben, was ihr gebühre, sei zunächst daran nichts zu ändern. Das hindere uns aber nicht, der Klassenrechthaltung, wo nur immer möglich, die Spitze abzubrechen. Deshalb stelle die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, die in der Flagenfrage Verurteilten zu amnestieren. In der Republik muß wirkliches Recht gesprochen werden. Die Gesetze seien nur so schlecht, weil sie in den Händen der Rechtsparteien lägen. Den von Dr. Gebhard und Klein gemieteten Gnadenweg lehne seine Fraktion ab, die Arbeiter brauchten nicht um das Recht zu betteln. Ein Amnestiegesetz könne man leicht schaffen. — Dr. Leber (Soz.) verweist darauf, daß jedes Gesetz das Spiegelbild der politischen Machtverhältnisse darstelle, unter denen es geschaffen wurde. Das Urteil gegen Greve und Wulf sei ein Rechtspruch, es widerspreche dem Rechtsempfinden des deutschen Volkes. Auch Dr. Gebhard vertrete die Ansicht, daß die Gesetzgebung mit dem Rechtsempfinden in Einklang zu bringen sei. Wir stehen auf dem Boden des Rechtes und verlangen deshalb für alle politischen Vergehen eine Amnestie. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt sich der Redner mit dem Bekenntnis der kommunistischen Fraktion zum Terror und bedauert, daß der Einfluß der heutigen Kommunisten nicht so weit reicht, um die Sozialdemokraten in Rußland vor den Vergewaltigungen zu schützen. Das zeige, daß die Kommunisten schlechte Beschützer der Arbeiter seien. Der NSD. Paragraf habe sich zum Spracher der gelamten Kulturwelt gemacht, als er sich der in russischen Gefängnissen schmachtenden Genossen annahm. Zu bedauern wäre es, wenn in Zukunft in Deutschland noch Blut vergossen würde. Unsere Ideen brauchen nicht mit den roten Massen des Militarismus vermischt zu werden. Die große Mehrheit des Volkes sei von der Richtigkeit unserer Weltanschauung überzeugt. — Heilbronn (Komm.) bedauert die Ausführungen des Vorredners und verteidigt die Vorfälle in Rußland. Dort herrsche die Klassenjustiz und deshalb sei in Rußland Landverrat Klassenverrat. Klassenjustiz bestehe einmal in Deutschland. Redner geht auf Einzelheiten der Rede ein und fordert Annahme seines Antrages gerade im Hinblick auf die schweren Urteile anderwärts. — Ein Antrag Kohn (Soz.) auf Schluß der Debatte wird angenommen. — Der Antrag Heilbronn wird abgelehnt. — Der Antrag A und B an den Senat wird angenommen. — Das Ersuchen Heilbronn's betr. Amnestie im Reich für alle politischen Gefangenen, soweit sie den Arbeiterparteien angehören, wird abgelehnt.

Der vom Bürgerausschuß der Bürgerschaft zur Annahme empfohlene Antrag Bassarae: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr ein Gesetz einzusetzen, welches die Einführung von Schülerräten bei den Mittelschulbildungsschulen bei der Besetzung vorzuziehen ist, wird angenommen.

3. Antrag (Klein): Die Bürgerschaft ersucht den Senat, allen politischen Parteien auf deren Anforderung die Aulen der höheren Schulen zu Verammlungsstellen zur Verfügung zu stellen. — Klein beantragt seinen Antrag, durch den auch der Abstrichentwurf gebilligt werde. Der Antrag wird nach einer am Präsidium unverständlichen Antwort des Senats endgültig angenommen.

4. Antrag (Leber): Die Bürgerschaft möge beschließen: 1. Alle in öffentlichen Gebäuden noch vorhandenen Bilder von Angehörigen ehemals regierender Kaiser sowie alle sonstigen monarchistischen Bilder, Abzeichen, Plakate, Aufschriften usw. sind bis 1. März 1922 zu entfernen. Insbesondere kommen hier alle öffentlichen und vom Staat unterstützten Schulen, auch Gerichtsgebäude usw. in Frage.

2. Der Senat hat bis spätestens 1. März der Bürgerschaft Vor schläge zu machen für die Einführung von Lehrern, die geeignet sind, die Jugend in republikanischen Geistes zu erziehen. (Für Volksschulen und höhere Schulen.)

Dr. Leber: In der letzten Bürgerschaftssitzung hat mein Fraktionskollege Schormer der Oberbürgerbehörde den Vorwurf gemacht, sie sei reaktionär. Diese Behauptung ist richtig. Die Oberbürgerbehörde weiß noch nicht recht, was sie will. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß unser Antrag beweist, die Bilder usw. sämtlicher Mitglieder des kaiserlichen Kaiserhauses aus den öffentlichen Gebäuden zu entfernen. Wenn der Senat Zweifel hat, oder sich nicht traut, was im Sinne der Republik notwendig ist, kann er sich mit der Mehrheit der Bürgerschaft ins Benehmen setzen. Merkwürdigerweise kam der Entschluß erst am 28. Januar in die Hände verschiedener Schulvertreter. In der Reimannschen Realschule kann man am Tage zuvor noch Kaiserbilder und sämtliche die Wappenbilder nach besonders am letzten Tage. Diese Schule erklärt Staatsfeindschaft. Auch in der Erntekinderschule und im Katharineum hielt man am 27. Januar patriotische Gefangensstunden ab. Würde ein kommunistischer Lehrer etwa derartige für seine Zwecke unternehmen, dann würde die Oberbürgerbehörde nicht zögern zu intervenieren. In der 1. Knabenmittelschule veranstaltete ein Lehrer patriotische Zeitungsstunden mit der schwarz-weiß-roten Fahne. Das ist alles recht harmlos aus. Wir gehen uns alle Mühe, unser Schulwesen zu reformieren; sollte sich herausstellen, daß die Oberbürgerbehörde nicht mitmachen will, werden wir eine Reform an Haupt und Gliedern vornehmen. Der Oberbürgerbehörde muß bekannt sein, daß neuzeltliche Geschichts- und Lesebücher vorhanden sind. Sie sollte nicht ängern, energische Schritte zu tun, die solchen Lehrbüchern mit ihrem zum Teil handlungsreichen Inhalt aus dem Lehrplan zu entfernen. Unter den Lehrern befinden sich mehr als Sie denken, die sich freuen, wenn neue Bücher eingeführt werden, die dem republikanischen Geiste entsprechen. Es gibt auch noch Lehrer, die jede Gelegenheit benutzen, um auf die Republik zu schimpfen. Diesen sei gesagt, daß wir nur an solchen Lehrern Interesse haben, die die Jugend im Geiste des neuen Staates unterrichten. — Kr. Kohn (D.) bezieht sich auf den Artikel 130 der Reichsverfassung, der jedem volle Verfassungstreue gewähre. Patriotische Gefangensstunden seien im Katharineum nicht abgehalten worden. Die Rednerin verteidigt die belächelten Lehrer, behauptet, in Arbeiterkassen seien vielfach Hohenzollernbilder aufgehängt und wendet sich ganz besonders gegen die kommunistische Verhöhnung der Schulführer, durch die jeder Gehorsam und Unterordnung erklärt werde. Wenn die Eltern die Mahnung der Lehrer nicht achteten, würden sie die Früchte später danach ernten. — Gehe (D.) wendet sich gegen die scharfe Form des parlamentarischen Antrages, der die Einleitung des reinen politischen Kampfes in der Bürgerschaft bilde. Seine Fraktion werde sich dagegen wehren, wenn an der richtigen Stellung des Senates etwas geändert werden sollte. Ob das Recht der Gesamtheit durch

derartige Anträge gefördert werde, sei doch sehr fraglich. Der Antrag Dr. Leber sei ein Angstprodukt. Lübeck drohe nicht die Gefahr einer Monarchie, wohl aber bestehe die Gefahr, daß der Antragsteller eine Herrschaft ausüben wolle. Die Vorkriegs-ideale der Sozialdemokratie seien zusammengebrochen. Für Deutschland sei die Monarchie die geeignetste Staatsform. Gegen die Einführung neuer Lehrbücher sprechen die Staatsfinanzen. — Kiesel (Komm.) macht darauf aufmerksam, daß sich der Leberliche Antrag nicht nur auf die Schulen beziehe. Auch der städtische Saalbau stünde von Monarchistenbildern. Die Kommunisten würden ihre Kinder zum Protest gegen patriotische Unterrichtsmaßnahmen auffordern.

Ein Antrag Haut auf Schluß der Debatte wird angenommen. — Dietrich (Arb.) bezeichnet einen im Laufe der Debatte gefallenen Zwischenruf Kiesel's (Komm.): „Halten Sie die Schnauze!“ als einen unverständlichen Ausdruck. — Der Wortführer erklärt, daß er den Zwischenruf bereits zur Ordnung gerufen habe und erteilt auf Dietrich einen Ordnungsruf. — Haut (Soz.) ruft Dietrich „ehemaliger Tambourmajor“ zu. Die Unruhe im Saale steigert sich, so daß der Wortführer die Sitzung auf 5 Minuten vertagt. — Nach Wiedereröffnung wird der Antrag Dr. Leber mit einfacher Mehrheit angenommen.

1. Antrag: Änderung des Straßenbahntarifs. — Kiesel (Dem.) empfiehlt, die Schülerfahrtscheine auf 12 Mark zu ermäßigen und den zweiten Teil des Antrages, betr. selbständige Festsetzung des Straßenbahntarifs durch die Betriebsbehörde und den Senat an einen Ausschuß zu verweisen. — Kiesel (Komm.): Unsere Partei lehnt grundsätzlich jede Fahrpreiserhöhung ab. Der Betriebsrat wurde nicht gehört. Ein Verkehrsweisen wie die Straßenbahn könne auch einmal mit Unterbilanz arbeiten. Der Straßenbahn-Kanal rentiere sich ja auch nicht. Man könne ja an der Sicherheitspolizei sparen. — Haut (Soz.) bemängelt die hohe Zahl von Kontrollleuren (24) und wendet sich gegen die Kommunisten, die mit ihrem Prinzip, sämtliche Staatseinkünfte abzurufen und die Ausgaben zu vermehren, nur einer Moskauer Weltanschauung folgten. Auf einen Zwischenruf Heilbronn's bemerkt der Redner, daß die Kommunisten nicht die Verursacher sind, um die Opfer ihrer Ratsche freizubekommen. Weiter auf die Kontrollleure der Straßenbahn zurückkommend, erklärt Haut auch vier Fahrpreiserhöher, die Einsparnisse im Betrieb herbeiführen sollen, als zu viel. Es wäre besser, darauf zu achten, daß unter den Führern und Schaffnern mehr aufklären gewirkt würde. Es brähe mehr Nutzen als übertriebene Kontrolle. Mit einer Ueberweisung des zweiten Teiles des Antrages ist Redner einverstanden, ebenso für Ermäßigung der Schülerfahrtscheine. — Senator Sitka hält die beantragte Ueberweisung an einen Ausschuß für den zweiten Teil für die praktikabelste Lösung. Eine Ermäßigung der Schülerfahrtscheine würde 200 000 Mk. Ausfall verursachen. Die Zahl der Kontrollleure sei bei dem Schichtwechsel nicht zu hoch, es komme nicht einmal auf jede Linie ein Kontrollleur. Ein rechtzeitiges Anhalten des Stromes vor Einfahrt in die Weichen bringe 100 000 Mk. Stromersparnis. — Dr. Gebhard (D.) stimmt dem Senatsantrag zu, weil Einnahmen geschäftlich werden müßten, in beherrschender Weise Ueberweisung des Fahrpreises sei. — Haut (Soz.) bedauert die große Erhöhung der Schülerfahrtscheine. Den Hochschülerarbeitern würden die Straßenbahnfahrtscheine bis zum Gehaltssatz erteilt. — Heilbronn (Komm.): Wir verneinen jede Maßnahme, die Arbeiter bezahlen müssen und fordern Befreiung des Volkes. Die Sozialdemokraten hätten ja auch auf die Erfüllung der Sachwerte verzichtet. — Haut (Soz.) weist den Vorwurf von kommunistischer Seite, daß Genosse Severina für den Marschpuls verantwortlich sei, entschieden zurück und weist an der Hand von Beweisen, wie strukturell die Kommunisten gehandelt haben. Diese seien selbst ja, daß vom politischen Standpunkt aus das Proletariat kein Interesse an der Freilassung der Genossen habe. Das hat die rechte Partei, die die Leute in den Reichstag eingeschickt. (Zurück Krant! Sie schwindeln!) Sie haben alle Ursache, die Wahrheit zu verkümmern. Die Kommunisten sind nicht zu verurteilen, sondern zwanzig eigene Parteigenossen bei der Ehrenrettung eines Moskauer Genossen zu opfern. Würden Sie generelle Bemerkungen machen, die ihrer Partei nützlich wären, würden Sie damit nicht zurückhalten. Der Redner schließt weiter. — 10 Uhr.

Aus aller Welt.

Bestechung beim Lebensmittelamt des Kreises Liebenwerda. Das Kreisgericht Liebenwerda verhandelte auf Antrag des Betriebs gegen des Bestechungswesen. Sieh Berlin, gegen die Kaufleute Franz Merker und Felix Hoffmann aus Liebenwerda. Der Kreisauschuss in Liebenwerda hatte ein Lebensmittelamt zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung eingerichtet und den Angelegten Merker zum Leiter bestellt. Anfang 1920 brauchte der Kreis 87 000 Kar. Hülsenfrüchte. Merker ging zum Angelegten Hoffmann, ließ sich eine „Umsatzprovision“ versprechen und schlug dann dem Kreisauschuss vor, die Hülsenfrüchte von Hoffmann zu kaufen. Das Gericht verurteilte beide Angelegte wegen Bestechung im Sinne des § 12 des Wettbewerbsgesetzes, und zwar Hoffmann zu 30 000 Mk. und Merker zu 10 000 Mk. Geldstrafe. Bei Merker wurden ferner 7640 Mk. Schmiergelder eingezogen.

Gebrücker zwischen Stralund und Rügen. Die Office ist von einer Atomstromerren Gebrücker bedeckt. Zwischen Stralund und der Insel Rügen hat sich eine natürliche Brücke gebildet, auf der sich der Verkehr bereits mit Ruh werken vollzieht.

Familientragödie. Der 47jährige Oskar Schmied in Oberhausen kam spät abends stark angetrunken nach Hause. Als ihm seine Frau wegen seines Zustandes Vorhaltungen machte, ergriff Schmied ein Messer und ließ sich die Klinge bis ans Heft in den Leib. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er der furchtbaren Verletzung erliegen ist.

Verhaftung eines internationalen Millionenchwunders. Millionenbetrügereien einer ungarischen Bande beschäftigen seit geraumer Zeit die deutschen und ausländischen Kriminalbehörden. Die Mitglieder der großen Bande, die überall sehr vornehm auftraten, sich Automobile hielten und in den ersten Hotels wohnten, füllten Scheds auf amerikanische und Schweizer Banken und verschafften sich darauf ungeheure Summen. Der allergrößte Teil der Gesellschaft wurde endlich in Berlin von der Dienststelle der Kriminalpolizei entlarvt, ermittelt und unfähig gemacht. Ein Mitglied der Bande der Ingenieur Melchior Herwarth des Halle und ein gewisser Harmat wurden in Genua verhaftet. Herwarth wurde jedoch dort irrtümlicherweise wieder entlassen. Seitdem suchte ihn die Kriminalpolizei wieder in Berlin, weil man vermutete, daß er hierher zurückkehren werde. Diese Annahme hat sich jetzt als richtig erwiesen. Herwarth wurde in einem Hotel in der Mittelstraße, wo er mit einer Dame unter dem Namen Bo's Halle abgestiegen war, von einem Beamten, der mit der Fahndung beauftragt war, erkannt und wieder festgenommen. Er wird der Wiener Staatsanwaltschaft überliefert werden.

Der Südpolarforscher Shackleton 7. Der Südpolarforscher Sir Ernest Shackleton ist am 5. Januar an Bord seines Schiffes „Quest“ an Driftbrüme gelandet.

Wetterumschlag im Süden. Nach Meldungen aus Karlsruhe ist im badien und württembergischen Schwarzwald sowie in der Rheinebene Schneewetter und Schneeschmelze eingetreten. Bei Nordbayer der Schneewetter durch Hochwassererfahrung. Auch im Alpengebiet ist ein Wetterumschlag erfolgt.

Geschäftliches.

Fleischsteuerung und Maggi's Würze. An Stelle teuren Suppenfleisches kauft man gute Suppenknöden, kocht diese unter Zugabe der üblichen Suppenzutaten aus, seigt die Brühe durch und kräftigt beim Anrichten nach Geschmack mit Maggi's Würze.

Bekleidung

Vörber & Goßmann
Feine Maßschneiderei.
Fernruf 2119.
Mühlenstraße 82.

J. H. Pein Markt 10/12.
Breite Straße 64/68.
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,
Bettdecken, Herren- und Knaben-Garderobe,
Arbeits- und Berufsbekleidung.

Arbeiter! Arbeitshosen, Kragen, Herren-
u. Jungl.-Anzüge kauft man
am besten bei **E. Peter**, Glockengießerstr. 31.

Reserviert für
F. A. Müller Wäsche-
ausstattungen.

Heinrich Waller Breite
Straße 60
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,
Hüte.

Ernst Wehde Herrenartikel,
Beckergrube 83.

Hut-Richter Breite Straße 20,
Hützstraße 44.
Fernruf 8443. Größte Auswahl. Billigste Preise



Gossmann
Lübeck
Mühlenstraße 84.

Reserviert für
Franzen & Co. Holstenstr. 21.
Herrenartikel.

J. H. Evers Tuchhandlung.
Beste Bezugsquelle
für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.
Lieferung auch durch sämtliche Schneider-
meister.

Berta Döhrmann Nchf.
Holstenstraße 18/15.
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

Emma Rösch Johannisstraße 1, 1.
In mittel und prima Genre stets in großer Aus-
wahl garnierte u. ungar. Hüte in bedeutender
Preisermäßigung vorhanden.

D. Wagner Damen- u. Kinderputz
Holstenstraße 3.

Carl Ritter gegründet 1801.
Spezialhaus f. Besatz-
artikel. Fernruf 8578. Breite Straße 26.

Handarbeiten modern, geschmackvoll
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgesch.
Rits. Fernruf 8583. Opere Wahrstraße 1.

Richard Haase Breite
Straße 87.
Fernruf 8583. Feilwaren.

Reserviert für
Gebr. Hirschfeld

Struve & Baumeister
Damenbekleidung und Kleiderstoffe, Manufaktur-
waren. Breite Straße 53.

Reserviert für
August Haerder & Co.

Joh. Holst Inh. **A. Lüders**
Hützstraße 53. Manufaktur- und Kurzwaren.

Karl Zegelin Johannisstraße 11.
Unterzeuge u. Strumpf-
waren. Knabenanzüge usw.

Friedr. Renner Fernruf 2482
Hützstraße 49.
Maß-Schneiderei.

W. Ramm Johannisstraße 16.
Korsetts jeder Art.
E. G. Torkuhl Finkenbänken 12 Wäsche-
ausstatt. Her.-Artikel.
Karl Frosch Aep-
mannstr. 63. An- u. Ver-
brauch-Kleidungs-, Fußz.
Wäsche und Bettzeug.

Travemünde.

J. U. Kröger Gegr. 1782
Fernruf 1.
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-
materialien.

J. Rickman, Travemünde
Fernruf 119. Kargenstraße 69/71.
Kolonialwaren, Brennmaterialien.

**Geschäftliche Rundschau und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan**
(Musikerschutz)

**Möbel und
Dekoration.** **F. Kloetzel**,
Königsstraße 65/67.
Möbel u. Dekorationen

Boldts Möbellager
Herren-, Speise-, Schlafzimmern und Küchen-
einrichtungen. Fischereigrube 25/27.

Reserviert für
Johann Pamperin

**Lübecker Stahlfeder-
Matratzen-Fabrik** Inh.
Carl Mühlke jr.
Fernruf 8282. Handstraße 74.

Carl Folkers Wohnungs-
Ausstattungs-Geschäft.
Marlesgrube 28/26 und 28/32. Fernruf 2734.


Matratzenhaus Reinecke
Beckergrube 22.

Karl A. F. Westphal
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-
stoffe usw. Unterthore 113/115, 1., Ecke Holstenstr.

Reserviert für
Möller, Kunstverlag.

Tapeten

Gebrüder Heick
Tapeten- und Teppichgeschäft.



Rehm, Beckergrube
18.

Friedr. Matz Inhaber **Paul
Engelbrecht**.
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.
Gegründet 1808.

Eugen Zangerl Tapetenlager
Breite Straße 53, 1.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-
Gesellschaft**

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg		Büden		Eutin		Travemünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büden	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde
6:00	7:45	8:00	9:15	9:15	10:30	10:30	11:45
7:15	8:30	9:30	10:45	10:45	12:00	12:00	13:15
8:30	9:45	10:30	11:45	11:45	1:15	1:15	2:30
9:45	11:00	11:15	12:30	12:30	2:30	2:30	3:45
11:00	12:15	12:30	1:45	1:45	3:45	3:45	5:00
12:15	1:30	1:45	3:00	3:00	4:15	4:15	5:30
1:30	2:45	3:00	4:15	4:15	5:30	5:30	6:45
2:45	4:00	4:15	5:30	5:30	6:45	6:45	8:00
4:00	5:15	5:30	6:45	6:45	8:00	8:00	9:15
5:15	6:30	6:45	8:00	8:00	9:15	9:15	10:30
6:30	7:45	8:00	9:15	9:15	10:30	10:30	11:45
7:45	9:00	9:15	10:30	10:30	11:45	11:45	13:00
9:00	10:15	10:30	11:45	11:45	13:00	13:00	14:15
10:15	11:30	11:45	13:00	13:00	14:15	14:15	15:30
11:30	12:45	13:00	14:15	14:15	15:30	15:30	16:45
12:45	14:00	14:15	15:30	15:30	16:45	16:45	18:00
14:00	15:15	15:30	16:45	16:45	18:00	18:00	19:15
15:15	16:30	16:45	18:00	18:00	19:15	19:15	20:30
16:30	17:45	18:00	19:15	19:15	20:30	20:30	21:45
17:45	19:00	19:15	20:30	20:30	21:45	21:45	23:00
19:00	20:15	20:30	21:45	21:45	23:00	23:00	24:15
20:15	21:30	21:45	23:00	23:00	24:15	24:15	25:30
21:30	22:45	23:00	24:15	24:15	25:30	25:30	26:45
22:45	24:00	24:15	25:30	25:30	26:45	26:45	28:00
24:00	25:15	25:30	26:45	26:45	28:00	28:00	29:15
25:15	26:30	26:45	28:00	28:00	29:15	29:15	30:30
26:30	27:45	28:00	29:15	29:15	30:30	30:30	31:45
27:45	29:00	29:15	30:30	30:30	31:45	31:45	33:00
29:00	30:15	30:30	31:45	31:45	33:00	33:00	34:15
30:15	31:30	31:45	33:00	33:00	34:15	34:15	35:30
31:30	32:45	33:00	34:15	34:15	35:30	35:30	36:45
32:45	34:00	34:15	35:30	35:30	36:45	36:45	38:00
34:00	35:15	35:30	36:45	36:45	38:00	38:00	39:15
35:15	36:30	36:45	38:00	38:00	39:15	39:15	40:30
36:30	37:45	38:00	39:15	39:15	40:30	40:30	41:45
37:45	39:00	39:15	40:30	40:30	41:45	41:45	43:00
39:00	40:15	40:30	41:45	41:45	43:00	43:00	44:15
40:15	41:30	41:45	43:00	43:00	44:15	44:15	45:30
41:30	42:45	43:00	44:15	44:15	45:30	45:30	46:45
42:45	44:00	44:15	45:30	45:30	46:45	46:45	48:00
44:00	45:15	45:30	46:45	46:45	48:00	48:00	49:15
45:15	46:30	46:45	48:00	48:00	49:15	49:15	50:30
46:30	47:45	48:00	49:15	49:15	50:30	50:30	51:45
47:45	49:00	49:15	50:30	50:30	51:45	51:45	53:00
49:00	50:15	50:30	51:45	51:45	53:00	53:00	54:15
50:15	51:30	51:45	53:00	53:00	54:15	54:15	55:30
51:30	52:45	53:00	54:15	54:15	55:30	55:30	56:45
52:45	54:00	54:15	55:30	55:30	56:45	56:45	58:00
54:00	55:15	55:30	56:45	56:45	58:00	58:00	59:15
55:15	56:30	56:45	58:00	58:00	59:15	59:15	60:30
56:30	57:45	58:00	59:15	59:15	60:30	60:30	61:45
57:45	59:00	59:15	60:30	60:30	61:45	61:45	63:00
59:00	60:15	60:30	61:45	61:45	63:00	63:00	64:15
60:15	61:30	61:45	63:00	63:00	64:15	64:15	65:30
61:30	62:45	63:00	64:15	64:15	65:30	65:30	66:45
62:45	64:00	64:15	65:30	65:30	66:45	66:45	68:00
64:00	65:15	65:30	66:45	66:45	68:00	68:00	69:15
65:15	66:30	66:45	68:00	68:00	69:15	69:15	70:30
66:30	67:45	68:00	69:15	69:15	70:30	70:30	71:45
67:45	69:00	69:15	70:30	70:30	71:45	71:45	73:00
69:00	70:15	70:30	71:45	71:45	73:00	73:00	74:15
70:15	71:30	71:45	73:00	73:00	74:15	74:15	75:30
71:30	72:45	73:00	74:15	74:15	75:30	75:30	76:45
72:45	74:00	74:15	75:30	75:30	76:45	76:45	78:00
74:00	75:15	75:30	76:45	76:45	78:00	78:00	79:15
75:15	76:30	76:45	78:00	78:00	79:15	79:15	80:30
76:30	77:45	78:00	79:15	79:15	80:30	80:30	81:45
77:45	79:00	79:15	80:30	80:30	81:45	81:45	83:00
79:00	80:15	80:30	81:45	81:45	83:00	83:00	84:15
80:15	81:30	81:45	83:00	83:00	84:15	84:15	85:30
81:30	82:45	83:00	84:15	84:15	85:30	85:30	86:45
82:45	84:00	84:15	85:30	85:30	86:45	86:45	88:00
84:00	85:15	85:30	86:45	86:45	88:00	88:00	89:15
85:15	86:30	86:45	88:00	88:00	89:15	89:15	90:30
86:30	87:45	88:00	89:15	89:15	90:30	90:30	91:45
87:45	89:00	89:15	90:30	90:30	91:45	91:45	93:00
89:00	90:15	90:30	91:45	91:45	93:00	93:00	94:15
90:15	91:30	91:45	93:00	93:00	94:15	94:15	95:30
91:30	92:45	93:00	94:15	94:15	95:30	95:30	96:45
92:45	94:00	94:15	95:30	95:30	96:45	96:45	98:00
94:00	95:15	95:30	96:45	96:45	98:00	98:00	99:15
95:15	96:30	96:45	98:00	98:00	99:15	99:15	100:30
96:30	97:45	98:00	99:15	99:15	100:30	100:30	101:45
97:45	99:00	99:15	100:30	100:30	101:45	101:45	103:00
99:00	100:15	100:30	101:45	101:45	103:00	103:00	104:15
100:15	101:30	101:45	103:00	103:00	104:15	104:15	105:30
101:30	102:45	103:00	104:15	104:15	105:30	105:30	106:45
102:45	104:00	104:15	105:30	105:30	106:45	106:45	108:00
104:00	105:15	105:30	106:45	106:45	108:00	108:00	109:15
105:15	106:30	106:45	108:00	108:00	109:15	109:15	110:30
106:30	107:45	108:00	109:15	109:15	110:30	110:30	111:45
107:45	109:00	109:15	110:30	110:30	111:45	111:45	113:00
109:00	110:15	110:30	111:45	111:45	113:00	113:00	114:15
110:15	111:30	111:45	113:00	113:00	114:15	114:15	115:30
111:30	112:45	113:00	114:15	114:15	115:30	115:30	116:45
112:45	114:00	114:15	115:30	115:30	116:45	11	